

INTEGRIERTER FINANZ- UND AUFGABENPLAN 2004 - 2008

Der Regierungsrat des Kantons Luzern an den Grossen Rat

Sehr geehrter Herr Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen den Integrierten Finanz- und Aufgabenplan 2004 - 2008 mit folgendem Bericht:

Inhaltsverzeichnis

I.	Übersicht	5
II.	Planungsgrundlagen	7
III.	Chancen und Risiken	12
IV.	Übersicht über die Ergebnisse	13
V.	Finanzpolitische Beurteilung	18
VI.	Aufgaben und Finanzen	20
0.	Allgemeine Verwaltung	21
1.	Öffentliche Sicherheit	26
2.	Bildung	30
3.	Kultur und Freizeit	37
4.	Gesundheit	40
5.	Soziale Wohlfahrt	45
6.	Verkehr	48
7.	Umwelt und Raumordnung	52
8.	Volkswirtschaft	56
9.	Finanzen und Steuern	59
VII.	Strassenwesen	63
VIII.	Investitionen kantonale Hochbauten	66
	Grossratsbeschluss	67

I. Übersicht

Der Integrierten Finanz- und Aufgabenplan zeigt die vorgesehene Entwicklung der Finanzen und Aufgaben des Kantons Luzern in den nächsten fünf Jahren. Im Zahlenteil des Planes sind nur diejenigen neuen Vorhaben eingerechnet, welche die Regierung schon beschlossen hat. Neue Vorhaben, die von den Departementen geplant werden, sind nicht eingerechnet. Sie werden jedoch beschrieben und ihre Kosten geschätzt.

Die Laufenden Rechnungen schliessen mit einem Aufwandüberschuss von 15,2 Millionen Franken im Jahr 2005 und mit Ertragsüberschüssen von 3,6 Millionen Franken, 38,1 Millionen Franken und 13,8 Millionen Franken in den Jahren 2006 bis 2008 ab. Die Nettoinvestitionen betragen zwischen 178,6 und 181,2 Millionen Franken.

Aus der Gesamtrechnung resultieren Finanzierungsfehlbeträge von 33,6 und 21,1 Millionen Franken in den Jahren 2005 und 2006 sowie Finanzierungsüberschüsse von 15,2 und 40,5 Millionen Franken in den beiden Folgejahren. Der durchschnittliche Selbstfinanzierungsgrad beträgt 99,7 Prozent.

In der Periode des IFAP 2004 - 2008 sind zwei Teilrevisionen des kantonalen Steuergesetzes vorgesehen. Mit der ersten Teilrevision im Jahr 2005 sollen gezielte Entlastungen bei den unteren Einkommen, bei der Kapitalsteuer und bei der wirtschaftlichen Doppelbelastung Gesellschaft/Beteiligungsinhaber vorgenommen werden. Mit der zweiten Teilrevision im Jahr 2007 sollen vor allem die im Steuerpaket des Bundes vorgesehenen Änderungen ins kantonale Recht übernommen werden. Die beiden Teilrevisionen werden den Steuerzahlerinnen und -zahlern jährliche Entlastungen von insgesamt 150 Millionen Franken bringen (Staatssteuer und Gemeindesteuern).

Die Verschuldung steigt aufgrund der Kantonalisierung der Berufsschulen im Jahr 2003 zunächst wieder an. Dank dem geplanten Verkauf eines weiteren Pakets von LUKB-Aktien und dank Sonderabschreibungen von 50 Millionen Franken im Jahr 2008 kann die Verschuldung aber wieder reduziert werden. Sie beläuft sich Ende 2008 auf 1'003 Millionen Franken. Die Strassenbauschuld kann innerhalb der vier Planjahre um 32 Millionen Franken abgebaut werden und beträgt Ende 2008 rund 60 Millionen Franken.

Die im Finanzleitbild gesteckten Ziele - Selbstfinanzierungsgrad 100 Prozent, Senkung des Steuerniveaus auf das gesamtschweizerische Mittel mit Realisierung der NFA, Abbau der Verschuldung auf 750 Millionen Franken bis Ende 2007 - können längerfristig erreicht werden. Dies allerdings nur

dann, wenn Regierung und Parlament bei den Ausgaben- und Einnahmenbeschlüssen auch im Einzelfall den notwendigen politischen Willen aufbringen.

II. Planungsgrundlagen

1. Allgemeine Annahmen

Der Integrierte Finanz- und Aufgabenplan ist ein Instrument zur mittelfristigen Planung. Als Basis dient der Voranschlag, der in einem ersten Schritt linear hochgerechnet wird. Aus der untenstehenden Tabelle geht hervor, mit welchen Zuwachsraten wir für die Jahre 2005 bis 2008 gerechnet beziehungsweise welche Annahmen wir getroffen haben (R 2002: Ist-Werte im Vergleich zu Rechnung 2001. Übrige Jahre: Soll-Werte im Vergleich zum Vorjahr):

	R 2002	B 2003	B 2004	2005	2006	2007	2008	(in Prozent)
BIP real	0.1	2.0	1.0	1.5	2	2	2.5	
Teuerung	0.7	1.0	1.0	0.8	1.2	1.2	1.5	
Schaufwand	6.5	1.0	1.0	0.8	1.2	1.2	1.5	
Personalaufwand (budgetwirksam)	5.5	0.5	0.2*	0.5	0.8	1.0	1.5	
Beiträge an Dritte	11.5	0.5	0.2	0.5	0.8	1.0	1.5	
Staatssteuern	5.5	7.5	3.0	3.0	3.0	3.5	4.0	
Steuerfuss	1.85 E	1.7 E	1.7 E	1.7 E	1.7 E	1.7 E	1.7 E	
Gebühren	2.4	1.0	1.0	0.8	1.2	1.2	1.5	

*ohne Erhöhung des Arbeitgeberbeitrags an die LUPK

Bemerkungen zu einzelnen Zuwachsraten:

a. Wirtschaftsentwicklung

Die Schätzung des Realwachstums des Bruttoinlandprodukts (BIP real) bezieht sich auf das gesamtschweizerische Wirtschaftswachstum. Das Wirtschaftswachstum des Kantons Luzern liegt jeweils leicht unter dem gesamtschweizerischen Wachstum. Die konjunkturelle Entwicklung ist zur Zeit sehr verhalten. Aufgrund der Stabilisierung der geopolitischen Lage und der positiven Signale aus den USA und Deutschland rechnen wir für die Planperiode jedoch mit einer allmählichen Erhöhung der schweizerischen Wirtschaft. Aufgrund dieser Annahme haben wir mit steigenden Teuerungsraten gerechnet.

b. Lohnzuwachs

Wir haben den Personalaufwand mit Zuwachsraten zwischen 0,5 und 1,5 Prozent hochgerechnet. Diese Werte ergeben sich aus nominalen Lohnzuwachsraten von 1,5 bis 2,5 Prozent (Kaufkraftsicherung und IBA) abzüglich des Mutationseffektes von 1 Prozent. Damit entwickeln sich die Löhne parallel zu dem von uns prognostizierten Wirtschaftswachstum, wobei die Lohnzuwachsraten jeweils auf den Wirtschaftsdaten des Vorjahres basieren. Die Lohnzuwachsraten sind tiefer als im IFAP 2003 - 2007, wie Sie dies mit Grossratsbeschluss über den Integrierten Finanz- und Aufgabenplan 2003 - 2007 vom 28. Oktober 2002 vorgegeben haben.

c. Zuwachs der Staatssteuererträge

Wir haben die Staatssteuererträge mit Zuwachsraten zwischen 3 und 4 Prozent hochgerechnet. Die Staatssteuererträge des Kantons Luzern bestehen zu rund 90 Prozent aus Einnahmen von natürlichen Personen. Massgebend für die Entwicklung der Steuererträge ist daher vor allem die allgemeine Lohnentwicklung. Basis für den Staatssteuerertrag eines bestimmten Jahres sind die Löhne des vorangehenden Jahres. Weil Steuerzahlerinnen und -zahler bei einer Zunahme ihres Einkommens in eine höhere Steuerkategorie kommen, multiplizieren wir die geschätzte Lohnentwicklung jeweils mit einem Progressionsfaktor von 1,25. Sodann haben wir berücksichtigt, dass die Anzahl der Steuerpflichtigen im Kanton Luzern aufgrund der demografischen Entwicklung zunimmt.

2. Bundesfinanzpolitik

a. Steuerpaket 2001

Das eidgenössische Parlament hat weit über die Vorgaben des Bundesrats hinausgehende steuerliche Erleichterungen beschlossen. Das Steuerpaket 2001 umfasst insbesondere eine Reform der Familienbesteuerung (Teilsplitting, Haushaltabzug für Alleinstehende, Kinderabzug) und Änderungen der Wohneigentümerbesteuerung. Die Änderungen haben für die Kantone Ausfälle beim Anteil an der direkten Bundessteuer zur Folge. Teilweise sind die Anpassungen aufgrund des Steuerharmonisierungsgesetzes ins kantonale Recht zu übernehmen. Insgesamt bringt das Steuerpaket 2001 des Bundes für den Kanton Luzern und die Gemeinden Steuerausfälle von mehr als 140 Millionen Franken. Gemäss bundesrätlicher Fassung wären die Ausfälle wesentlich geringer gewesen. Der Bundesrat hatte insbesondere den Systemwechsel bei der Eigenmietwertbesteuerung, den der Kanton Luzern grundsätzlich unterstützt, aufkommensneutral gestaltet. Das Steuerpaket soll per

1. Januar 2004 in Kraft treten, mit Auswirkungen auf die Kantone ab 2005 (Reform Familienbesteuerung) bzw. ab 2009 (Wohneigentumsbesteuerung). Wir setzen uns dafür ein, dass gegen das Steuerpaket des Bundes das Kantonsreferendum zustande kommt. Wir haben die Ausfälle aus der Reform der Familienbesteuerung von 20 Millionen Franken beim Anteil an der direkten Bundessteuer erst ab 2006 eingeplant.

b. Entlastungsprogramm

Der Bundeshaushalt ist stark in Schieflage. 2002 musste ein Defizit in der Staatsrechnung von 3,3 Milliarden Franken ausgewiesen werden. Parlament und Bundesrat wollen die negative Entwicklung korrigieren. Der Bundesrat wurde beauftragt, ein Entlastungsprogramm auszuarbeiten. Dieses liegt mittlerweile vor. Insgesamt bringt dieses Programm für den Bundeshaushalt Einsparungen bzw. Mehreinnahmen von 3,4 Milliarden Franken. Es umfasst hauptsächlich ausgabenseitige Massnahmen in allen Bereichen des Bundeshaushalts (eigener Bereich, Transferbereich). Durch direkte Massnahmen werden die Kantone nur geringfügig betroffen. Wesentlich gravierender sind die indirekten Auswirkungen von Sparmassnahmen im Bundeshaushalt, so zum Beispiel im Sozialbereich, wo die Kantone und Gemeinden bei den Ergänzungsleistungen, bei der wirtschaftlichen Sozialhilfe, bei der Prämienverbilligung und bei den IV-Heimen Kürzungen des Bundes teilweise werden ausgleichen müssen. Der Kanton Luzern (inklusive Gemeinden) wird vom Entlastungsprogramm 2003 mit schätzungsweise 15 – 30 Millionen Franken betroffen sein. In einzelnen Bereichen kann durch eine zurückhaltende kantonale Ausgabenpolitik die zusätzliche Belastung teilweise aufgefangen werden. Die Massnahmen des Entlastungsprogramms greifen teilweise ab 2004, im Übrigen ab 2005 oder 2006.

c. Goldreserven

Der Bundesrat geht davon aus, dass sich die Erträge aus dem Verkauf der überschüssigen Goldreserven bis 2006 um zwei Drittel steigern. Gemäss einer Vereinbarung des Bundesrates mit der Nationalbank wird daher im Jahr 2004 ein Zusatzertrag von 300 Millionen Franken auf den Bund und die Kantone ausgeschüttet. Dieser Betrag erhöht sich bis 2006 auf 500 Millionen Franken. Die Kantone erhalten davon zwei Drittel oder 200 – 335 Millionen Franken. Auf den Kanton Luzern entfallen von dieser Zusatzausschüttung ein Anteil von rund 7 Prozent oder 14 – 23 Millionen Franken. Im IFAP 2004 - 2008 sind diese Betreffnisse enthalten.

3. Unsere Steuerpolitik

a. Wir haben dem IFAP 2004 - 2008 folgende Steuerpolitik zugrunde gelegt:

- Wir planen für das Jahr 2005 eine erste vorgezogene Teilrevision des Steuergesetzes. Mit dieser wollen wir die unteren Einkommen entlasten, die Kapitalsteuer reduzieren und die wirtschaftliche Doppelbelastung Gesellschaft/Beteiligungsinhaber mildern. Hierfür haben wir ab 2005 Ertragsausfälle von 20 Millionen Franken pro Jahr eingerechnet.
- Wir planen für das Jahr 2007 bzw. mit Realisierung der NFA eine zweite Teilrevision des Steuergesetzes. Im Vordergrund steht der Nachvollzug der Reform der Familienbesteuerung im kantonalen Steuerrecht. Wir haben für die zweite Teilrevision ab 2007 50 Millionen Franken pro Jahr reserviert.

Gemäss Finanzleitbild wollen wir das Steuerniveau mit Realisierung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) schrittweise auf das gesamtschweizerische Mittel senken. Sie haben dieses Ziel mit Grossratsbeschluss über den Integrierten Finanz- und Aufgabenplan 2003 - 2007 vom 28. Oktober 2002 bekräftigt.

b. Am weitesten von diesem Ziel entfernt sind wir bei den unteren Einkommen der natürlichen Personen. Tarifkorrekturen in diesem Einkommensbereich sind auch Gegenstand bereits überwiesener Vorstösse. Der mutmassliche Staatssteuerausfall beträgt rund 14 Millionen Franken pro Jahr. Der Ausfall bei den Gemeinden liegt etwas höher.

Bei den juristischen Personen zeigen die neusten Kennziffern, dass wir aufgrund der überdurchschnittlich hohen Kapitalsteuer bei dieser im gesamtschweizerischen Vergleich ans Ende des zweiten Drittels abgerutscht sind. In den Kantonen ist zudem eine Tendenz spürbar, die Kapitalsteuer erheblich zu senken, um die Standortattraktivität für Unternehmen zu verbessern. Wir haben in diesem Zusammenhang Hinweise, die auf die Abwanderung von finanzkräftigen Steuerzahldern in Nachbarkantone schliessen lassen. Der mutmassliche Staatssteuerausfall infolge der Senkung der Kapitalsteuer beträgt rund 6 Millionen Franken pro Jahr.

Ebenfalls dringend ist eine Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung Gesellschaft/Beteiligungsinhaber, damit Hauptaktionäre ihren Wohnsitz nicht ausserhalb des Kantons verlegen, wenn grosse Dividendenausschüttungen bevorstehen. Wir wollen das System des Kantons Nidwalden übernehmen. Mittelfristig wird vom Bund eine für die Kantone verbindliche Lösung im Rahmen des Steuerharmonisierungsgesetzes erwartet. Bis dahin sollte diese Massnahme keine spürbaren Steu-

erausfälle zur Folge haben, da die Steuererleichterungen und das zusätzliche Steuersubstrat (Dividendausschüttungen) sich etwa die Waage halten.

Sollte das Steuerpaket des Bundes wider Erwarten bereits am 1. Januar 2004 in Kraft treten, was Ausfälle beim Anteil an der direkten Bundessteuer ab 2005 zur Folge hätte, würden wir die erste Teilrevision des kantonalen Steuerrechts um ein Jahr verschieben. Die allfällige Auswirkung der Reform der Wohneigentumsbesteuerung wird erst 2009 finanzwirksam.

c. Mit der zweiten Teilrevision erfüllen wir in erster Linie die bundesrechtlichen Vorgaben im Bereich der Familienbesteuerung und der Wohneigentumsbesteuerung. Die entsprechenden Änderungen des Bundesrechtes sind aufgrund des Steuerharmonisierungsgesetzes ins kantonale Steuerrecht zu übernehmen. Für die Unternehmensbesteuerung sind ebenfalls bundesrechtliche Lösungen in Sicht, welche ins kantonale Recht zu übernehmen sind. Hier sind jedoch noch keine Entscheide gefallen. Wir haben für die Anpassungen des kantonalen Steuerrechts ab 2007 50 Millionen Franken pro Jahr reserviert.

d. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entlastungen für die Steuerzahlerinnen und -zahler bei den Staats-, Gemeinde- und direkten Bundessteuern in den Jahren 2002 bis 2008:

(in Mio. Franken)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Total
Entlastung bei den Staatssteuern	25	75		20		50		170
Entlastung bei den Gemeindesteuern				20		60		80
Entlastung bei den direkten Bundessteuern	47				50			97
Total	72	75	0	40	50	110	0	347

III. Chancen und Risiken

1. Chancen

Wir haben im ersten Halbjahr 2003 eine Priorisierung der im IFAP 2003 - 2007 aufgeführten neuen Vorhaben vorgenommen und eine breit angelegte Überprüfung der Leistungsaufträge sämtlicher Dienststellen durchgeführt. Erste daraus abgeleitete Massnahmen haben wir im Budget 2004 umgesetzt: So haben wir beschlossen, die Strassenbauschuld bereits ab dem Jahr 2004 zu reduzieren. Ebenso haben wir beschlossen, den Personalstopp für die kantonalen Spitäler und Kliniken im Jahr 2004 weiterzuführen und bei den Spitalbauten im Jahr 2004 nur die notwendigsten Investitionen vorzunehmen. Die Liegenschaftsverwaltung und das Hochbauamt werden noch im laufenden Jahr zusammengelegt. Auch das Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement hat seine interne Reorganisation bereits in die Wege geleitet.

Weitere Massnahmen erfordern vertiefte Abklärungen oder benötigen mehr Zeit für die Umsetzung: Im Heimwesen prüfen wir ein Moratorium für neue Angebote und Investitionen. Das Projekt S-Bahn Luzern muss den finanziellen Möglichkeiten des Kantons angepasst werden. Das Integralprojekt Laui Sörenberg werden wir einer grundsätzlichen Prüfung unterziehen. Im Zusammenhang mit der Departementsreform werden wir weitere Dienststellen zusammenlegen. Dies sind lediglich einige Beispiele. Insgesamt erwarten wir von diesem Projekt grössere Einsparungen, die wir zurzeit aber noch nicht beziffern können.

2. Risiken

Aus heutiger Sicht bestehen die Risiken vor allem im Sozialwesen und bei der Bundesfinanzpolitik:

- Die KVG-Revision 2 sieht ein neues System der Prämienverbilligung und eine teilweise oder ganze Befreiung der Prämien für Kinder vor. Wir nehmen an, dass der Kanton Luzern (inklusive Gemeinden) für die Prämienverbilligung ab 2005 15 - 20 Millionen Franken mehr aufwenden muss.
- Die Finanzperspektiven des Bundeshaushalts sind auch nach dem Entlastungsprogramm düster, zumal das Steuerpaket 2001 hohe Einnahmenausfälle bringt. Es ist offen, ob der Bund gezwungen sein wird, noch weitere Sparpakete zu schnüren, welche die Kantone kaum verschonen werden.

IV. Übersicht über die Ergebnisse

1. Gesamtergebnis

(in Mio. Franken)

	R2002	B2003	B2004	2005*	2006	2007	2008
Gesamtaufwand	2'389.2	2'535.7	2'599.2	2'673.0	2'718.3	2'782.2	2'816.4
Jährliche Veränderung in %	6.2	6.1	2.5	2.8	1.7	2.4	1.2
Aufwand-/Ertragsüberschuss (-)	-18.1	0.6	-0.1	15.2	-3.6	-38.1	-13.8
Abschreibungen	184.7	167.7	183.2	162.1	156.5	157.8	205.3
Nettoinvestitionen	194.6	184.3	177.6	180.5	181.2	180.7	178.6
Finanzierungsüberschuss/-fehlbetrag	-8.2	17.2	-5.7	33.6	21.1	-15.2	-40.5
Selbstfinanzierungsgrad in Prozent	105.6	90.0	102.8	80.9	87.9	107.9	122.2

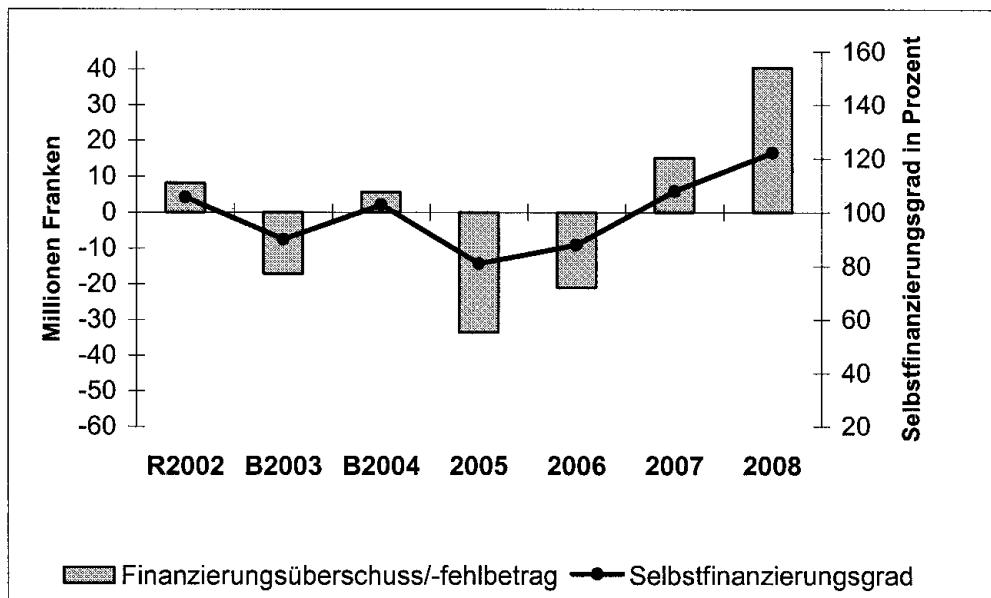
*Der Buchgewinn aus dem geplanten Verkauf von LUKB-Aktien im Jahr 2005 ist hier nicht eingerechnet.

Die Laufende Rechnung des Jahres 2005 weist einen Aufwandüberschuss von 15,2 Millionen Franken aus, die übrigen Jahre schliessen positiv ab. Die Ertragsüberschüsse der Jahre 2006 und 2007 haben wir zur Abschreibung des Bilanzfehlbetrags des Jahres 2005 verwendet. Der Bilanzfehlbetrag ist bis Ende 2007 vollständig abgetragen.

Der Zuwachs des Gesamtaufwands (dazu gehören: Aufwand Laufende Rechnung und Ausgaben Investitionsrechnung abzüglich Abschreibungen, interne Verrechnungen, Einlagen in Spezialfinanzierungen, durchlaufende Beiträge, Darlehen und Beteiligungen) liegt mit Ausnahme des Jahres 2005 unter dem geschätzten Wirtschaftswachstum (BIP nominal) von 2,3 bis 4 Prozent.

Die Nettoinvestitionen betragen zwischen 178,6 und 181,2 Millionen Franken. Aus der Gesamtrechnung resultieren in den Jahren 2005 und 2006 Finanzierungsfehlbeträge von 33,6 beziehungsweise 21,1 Millionen Franken. Die Jahre 2007 und 2008 schliessen mit Finanzierungsüberschüssen von 15,2 beziehungsweise 40,5 Millionen Franken ab. Die Verschuldung beträgt per Ende 2008 1'003 Millionen Franken.

Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt in den Jahren 2005 bis 2008 zwischen 80,9 und 122,2 Prozent. Dies ergibt einen durchschnittlichen Selbstfinanzierungsgrad von 99,7 Prozent. Mit Grossratsbeschluss über den Integrierten Finanz- und Aufgabenplan 2003 - 2007 vom 28. Oktober 2002 hat Ihr Rat für die Planperiode einen durchschnittlichen Selbstfinanzierungsgrad von 100 Prozent verlangt.



2. Nettoergebnis Laufende Rechnung nach funktionaler Gliederung

(in Mio. Franken)

	R2002	B2003	B2004	2005	2006	2007	2008
Total	-18.1	0.6	-0.1	15.2	-3.6	-38.1	-13.8
Allgemeine Verwaltung	102.0	108.7	87.1	87.5	76.4	90.4	91.1
Öffentliche Sicherheit	156.0	154.5	86.8	86.2	88.0	88.8	90.2
Bildung	431.6	443.4	471.6	479.7	490.6	503.7	515.5
Kultur und Freizeit	26.0	23.6	36.1	36.3	36.6	37.0	37.5
Gesundheit	197.1	203.3	262.5	277.5	280.0	282.8	285.4
Soziale Wohlfahrt	153.4	85.2	90.1	92.7	95.9	99.8	104.0
Verkehr	-40.8	-37.4	-56.0	-55.7	-58.7	-61.2	-59.8
Umwelt und Raumordnung	15.8	15.9	12.5	12.4	12.5	12.6	12.9
Volkswirtschaft	18.0	27.1	25.6	26.8	27.2	27.6	28.1
Finanzen und Steuern	-1'070.6	-1'033.5	-1'016.2	-1'028.3	-1'051.9	-1'119.4	-1'118.6

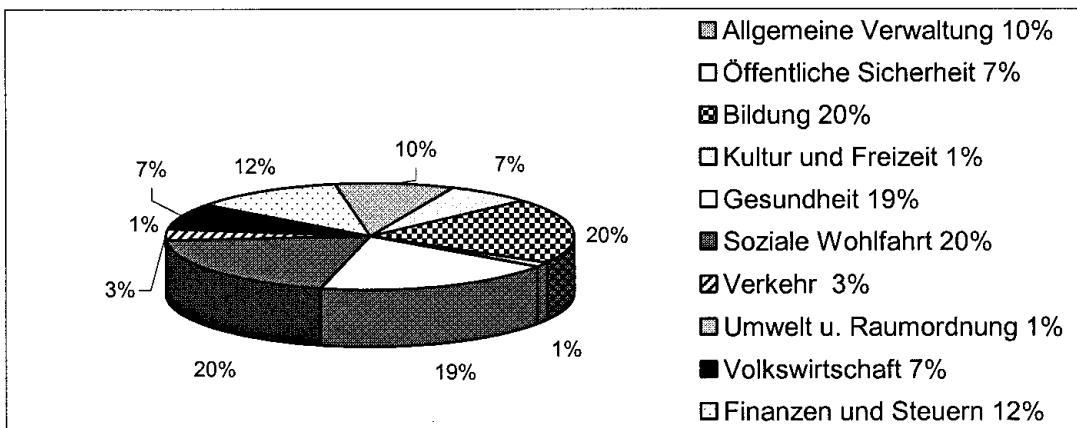
Wir haben nach den ersten Erfahrungen mit dem Integrierten Finanz- und Aufgabenplan bei der Zuordnung der funktionalen Gliederung einige Korrekturen vorgenommen. Daraus ergeben sich Änderungen zwischen dem Budget 2003 und den Folgejahren vor allem bei der Öffentlichen Sicherheit (Interne Überweisung Verkehrsabgaben vom Strassenverkehrsamt an Polizei und VTA neu unter 02 Allgemeine Verwaltung, für diese saldoneutral), Kultur (Ertrag aus Lotterieerträgnissen neu unter 02 Allgemeine Verwaltung) und innerhalb des Verkehrs (Erträge aus Verkehrsabgaben, Treibstoffzölle und LSVA neu unter 69 Übriger Verkehr). Sodann verrechnet die Liegenschaftsverwaltung ab 2004 auch den Spitätern und Kliniken einen Mietzins für die Liegenschaften. Dadurch erhöht sich der Aufwand bei der Gesundheit und der Ertrag bei der Allgemeinen Verwaltung.

3. Aufwand Laufende Rechnung

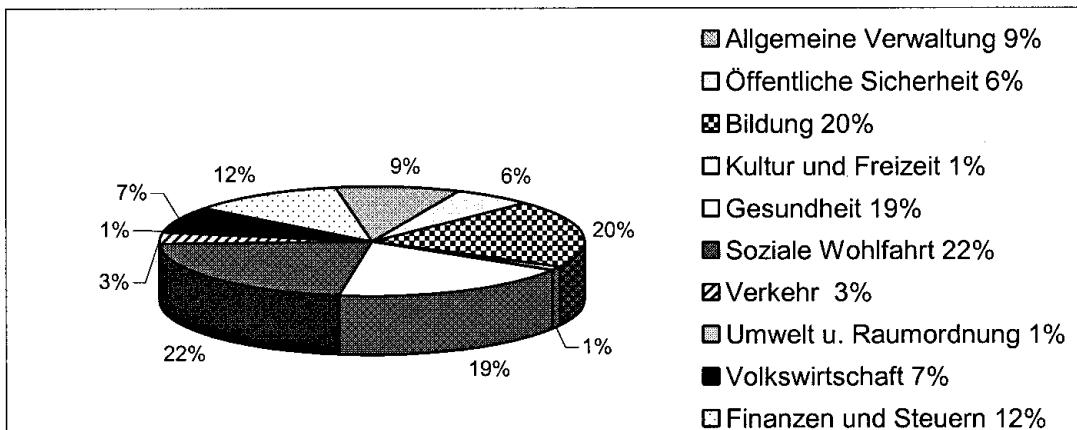
(in Mio. Franken)

	R2002	B2003	B2004	2005	2006	2007	2008
Total Aufwand	2'898.5	2'956.8	3'197.1	3'340.3	3'286.8	3'358.3	3'481.5
Personalaufwand	828.6	885.8	904.0	913.8	919.4	932.5	946.0
Sachaufwand	288.4	312.8	296.8	306.3	309.5	313.3	318.0
Passivzinsen	71.8	80.1	69.0	68.8	66.0	71.0	70.0
Abschreibungen	200.2	184.6	200.5	279.4	172.9	174.2	221.7
Eigene Beiträge	888.5	950.1	1'020.4	1'056.5	1'096.5	1'135.7	1'183.1

Aufwand Laufende Rechnung 2004



Aufwand Laufende Rechnung 2008



4. Ertrag Laufende Rechnung

(in Mio. Franken)

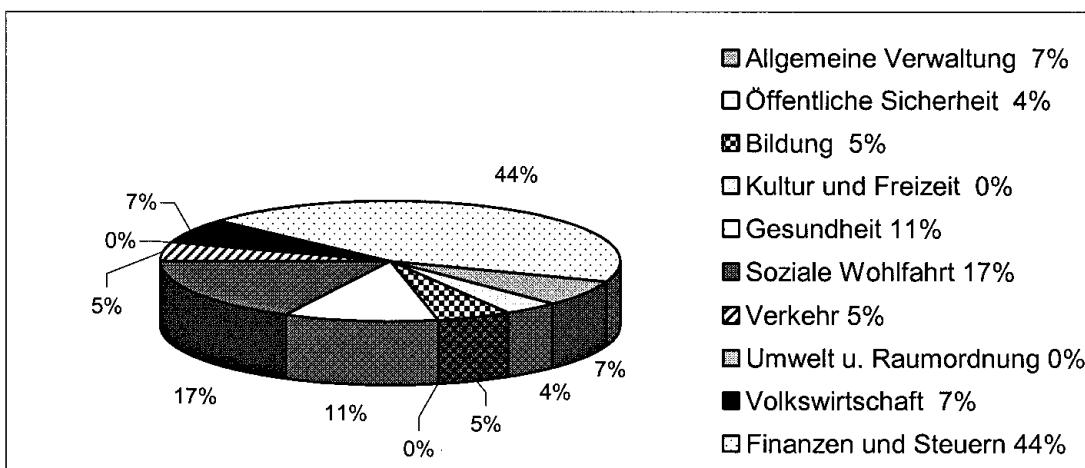
	R2002	B2003	B2004	2005	2006	2007	2008
Total Ertrag	2'916.6	2'956.2	3'197.2	3'325.1	3'290.4	3'396.3	3'495.4
Steuern	1'082.7	1'012.0	1'064.3	1'073.7	1'103.3	1'088.7	1'128.3
Entgelte ¹	474.4	492.0	484.1	487.0	492.1	498.0	506.9
Beiträge und Anteile ²	661.2	835.2	880.4	887.8	903.6	1'018.6	1'058.4
Übrige Erträge ³	92.4	86.1	86.5	186.0	93.8	84.8	84.8

¹ Entgelte: Gebühren, Schulgelder und Spitaltaxen

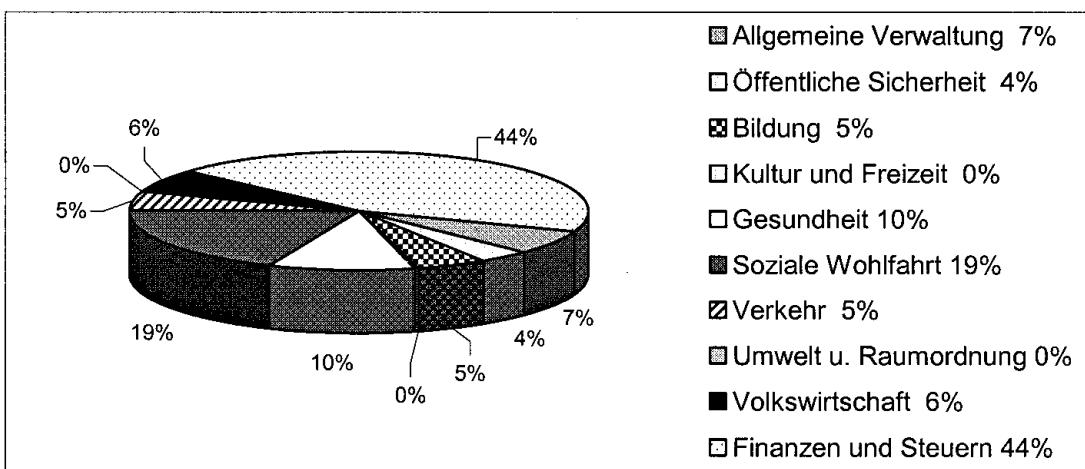
² Beiträge und Anteile: Subventionen und Kantonsanteile an Bundeseinnahmen

³ Beim Mehrertrag im Jahr 2005 handelt es sich um den Buchgewinn aus dem Verkauf von LUKB-Aktien.

Ertrag Laufende Rechnung 2004



Ertrag Laufende Rechnung 2008



V. Finanzpolitische Beurteilung

Ihr Rat hat uns mit Grossratsbeschluss über den Integrierten Finanz- und Aufgabenplan 2003 - 2007 vom 28. Oktober 2002 den Auftrag erteilt, mit dem Voranschlag 2004 einen IFAP vorzulegen, der leitbildkonform ist. Insbesondere sind folgende Prämissen einzuhalten:

- Selbstfinanzierungsgrad über die ganze Planperiode von durchschnittlich 100 Prozent,
- Annäherung der Steuerbelastung der natürlichen Personen an den Durchschnitt der übrigen Kantone,
- Abbau der Verschuldung bis Ende 2007 auf 750 Millionen Franken.

Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt im Budget 2004 102,8 Prozent und in der IFAP-Periode 2005 bis 2008 durchschnittlich 99,7 Prozent. Die Steuerzahlerinnen und -zahler werden mit den geplanten Teilrevisionen des Steuergesetzes in den Jahren 2005 und 2007 um insgesamt 150 Millionen Franken entlastet (Staatssteuer und Gemeindesteuern). Die Verschuldung beträgt Ende 2008 1'003 Millionen Franken (Ende 2001: 1'055 Mio. Franken).

Die Vorgabe eines Selbstfinanzierungsgrades von durchschnittlich 100 Prozent haben wir nahezu erfüllt. Dieses positive Ergebnis ist aber zu relativieren. Denn gerade im hinteren Bereich der Zeitachse sind viele Projekte erst in Planung und daher im IFAP nicht eingerechnet. Auch bei den Hochbauprojekten, für die wir jährliche Globalbudgets eingestellt haben, besteht eine grosse Differenz zwischen den vorgesehenen Investitionen und den zur Verfügung stehenden Mitteln. Wir werden daher daraufhin arbeiten, bereits für die Budgets 2005 und 2006 einen Selbstfinanzierungsgrad von 100 Prozent zu erreichen. Damit schaffen wir mehr Handlungsspielraum für die Folgejahre und können verhindern, dass die Verschuldung vorübergehend wieder zunimmt.

Ob wir mit den geplanten Steuergesetzrevisionen ein mittleres Steuerniveau erreichen werden, ist aus heutiger Sicht schwer zu beurteilen, da auch andere Kantone steuerliche Erleichterungen planen und die im Steuerpaket des Bundes enthaltenen Änderungen von allen Kantonen ins kantonale Steuerrecht zu übernehmen sind. Wir haben aber bereits mit den Steuerfusssenkungen in den Jahren 2002 und 2003 etwas aufgeholt. Mit der gezielten Entlastung der unteren Einkommen werden wir die Steuerbelastung in diesem Bereich an das schweizerische Mittel heranführen. Mit den Entlastungen bei der Kapitalsteuer und bei der wirtschaftlichen Doppelbelastung Gesellschaft/Beteiligungsinhaber wollen wir unsere gute Position bei den juristischen Personen wiedererlangen und verhindern, dass gute Steuerzahlerinnen und -zahler in Nachbarkantone abwandern.

Insgesamt werden wir die Steuerzahlerinnen und -zahler mit den vorgesehenen Änderungen um 150 Millionen Franken jährlich entlasten (Staatssteuer und Gemeindesteuern).

Beim Schuldenabbau erreichen wir das gesteckte Ziel nicht. Hier ist zunächst zu bemerken, dass das Finanzleitbild von einem wirtschaftlichen Aufschwung ausging und das angestrebte Ziel sehr ehrgeizig war. Ferner hat uns die Kantonalisierung der Berufsschulen wieder beträchtlich zurückgeworfen. Wir werden die Schulden dank dem geplanten Verkauf eines weiteren Aktienpaketes von LUKB-Aktien trotzdem weiter reduzieren können. Zudem haben wir im Jahr 2008 50 Millionen Franken Sonderabschreibungen für den Schuldenabbau eingestellt. Die Strassenbauschuld können wir um 32 Millionen Franken abtragen. Der Schuldenabbau bleibt weiterhin eines unserer finanzpolitischen Hauptziele.

Wie bereits im IFAP 2003 - 2007 haben wir lediglich jene neuen Vorhaben eingerechnet, die wir bereits beschlossen haben. Gerade im hinteren Bereich der Zeitachse sind viele Projekte erst geplant. Bei den Hochbauten haben wir einen jährlichen Globalkredit eingerechnet. Die Differenz zwischen den vorgesehenen Investitionen und den vorhandenen Mitteln ist gross. Bei den Investitionen gibt es sehr viel mehr Bedürfnisse als im IFAP eingerechnet sind, insbesondere im Gesundheitswesen. Wir werden die Erkenntnisse aus unserem Projekt Leistungsüberprüfung umsetzen und auch jene Projekte, die zum letztjährigen IFAP neu hinzugekommen sind, kritisch begutachten. Insbesondere in der Bildung und im Gesundheitswesen gilt es, zwischen Machbarem und Finanzierbarem zu unterscheiden. Sodann werden wir in der Aufgabenreform Kanton - Gemeinden darauf achten, dass die Umverteilung nicht einseitig zulasten des Kantons geht. Die Tendenz des Bundes, sich aus immer mehr Aufgaben zurückzuziehen, betrachten wir mit Besorgnis. Es gibt jedoch auch positive Aussichten. So wird die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) dem Kanton Luzern Mehreinnahmen von 60 - 80 Millionen Franken pro Jahr bringen. Die Mehrbelastung des Kantons aus der Entschuldung der Gemeinden von 15 Millionen Franken pro Jahr während sechs Jahren fällt im Jahr 2009 weg.

Aus heutiger Sicht können wir unsere finanzpolitischen Ziele längerfristig erreichen. Dies allerdings nur dann, wenn Parlament und Regierung bei den Ausgaben- und Einnahmenbeschlüssen auch im Einzelfall den notwendigen politischen Willen aufbringen.

VI. Aufgaben und Finanzen

Übersicht

(in Mio. Franken)

In Mio. Franken	R2002	B2003	B2004	2005	2006	2007	2008	% ¹
Laufende Rechnung								
Gesamte Verwaltung								
Aufwand	2'762.8	2'956.8	3'197.1	3'340.3	3'286.8	3'358.3	3'481.5	8.9
Ertrag	2'763.5	2'956.2	3'197.2	3'325.1	3'290.4	3'396.3	3'495.4	9.3
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-0.8	0.6	-0.1	15.2	-3.6	-38.1	-13.8	
Investitionsrechnung								
Gesamte Verwaltung								
Ausgaben	321.7	318.8	304.3	322.7	321.8	324.2	293.5	-3.5
Einnahmen	348.5	298.6	309.4	403.8	296.5	300.7	319.7	3.3
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	-26.8	20.2	-5.1	-81.0	25.3	23.5	-26.2	
Staatsbeiträge								
Gesamte Verwaltung								
Laufende Rechnung²								
Aufwand	824.8	950.1	1'020.4	1'056.5	1'096.5	1'135.7	1'183.1	15.9
Ertrag	341.9	474.2	502.0	520.6	546.8	574.2	603.8	20.3
Aufwand-/Ertragsüberschuss	482.8	476.7	518.4	536.0	549.7	561.5	579.3	
Investitionsrechnung								
Ausgaben	35.1	33.3	31.3	33.6	31.0	28.5	24.6	-21.4
Einnahmen	102.7	109.0	105.1	110.6	119.0	121.9	93.3	-11.2
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	-67.6	-75.7	-73.8	-77.0	-88.0	-93.4	-68.7	

¹ Die Prozentwerte beziehen sich auf die Veränderungen in den Jahren 2004 bis 2008.

² Die starken Anstiege beim Aufwand und Ertrag von 2002 auf 2003 erklären sich aus dem Inkrafttreten des neuen kantonalen Finanzausgleichs und aus der Aufgabenreform im Sozialbereich.

0. Allgemeine Verwaltung

Leistungserbringer
(In alphabetischer
Reihenfolge)

Amt für Berufliche Vorsorge und Stiftungsaufsicht, Amt für Finanzdienstleistungen, Amt für Gemeinden, Amt für Hochbauten und Immobilien, Amt für Statistik, Datenschutzbeauftragter, Departementssekretariate, Finanzverwaltung, Informatikgesamtverantwortlicher, Koordinator für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, Organisations- und Informatikdienste, Personalamt, Regierungsstatthalter, Staatsarchiv, Staatskanzlei, Steuerverwaltung.

- Generelle Entwicklung**
- Eines der zentralen Themen ist die Totalrevision der Staatsverfassung, welche das Volk am 23. September 2001 beschlossen hat. Wir haben eine Verfassungskommission eingesetzt. Diese hat den Auftrag, eine inhaltlich und formal neue Verfassung auszuarbeiten, die auch künftige Herausforderungen mit einbezieht.
 - Mit dem Projekt Gemeindereform 2000+ wollen wir die Gemeinden stärken und die Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden auf eine neue Basis stellen. Die Teilprojekte Finanzreform, Aufgabenreform und Strukturreform werden uns bis ins Jahr 2009 beschäftigen.
 - Die flächendeckende Einführung der Wirkungsorientierten Verwaltung (WOV) werden wir Ende 2005 abschliessen. Wir nehmen die Einführung von WOV dezentral vor. Die Departemente und Dienststellen werden dabei von der Geschäftsstelle WOV unterstützt.
 - Im Informatikbereich werden wir die neue Informatik-Verordnung vom 10. Dezember 2002 umsetzen. Sodann sind auf Stufe Konzern folgende grösseren Projekte vorgesehen: Ausbau des Datenpools, E-Government und Ausbau der Informatik-Sicherheit.
 - Das neue Lohnadministrationssystem wird voraussichtlich am 1. Januar 2006 in Betrieb genommen. Angestrebt wird ein integriertes Gesamtsystem, welches für die verschiedenen Aufgaben wie Personalbeschaffung, Lohn- und Gehaltsadministration sowie das Personalcontrolling eine prozessorientierte Verarbeitung ermöglicht.

		Zeitraum	Projekt-/Betriebs- kosten insgesamt 2005-2008 in Mio. Franken	Investitionskosten 2005-2008 in Mio. Franken
Beschlossene Vorhaben	<ul style="list-style-type: none"> • Flächendeckende Einführung von WOV (WOV-Geschäftsstelle) • Aufbau eines Datenpools (Projektkosten insgesamt 1,2 Mio. Franken) • Projekt E-Government (Projektkosten insgesamt 2 Mio. Franken) • Ablösung des Personalinformationsystems LUPIS (gesamte Investitionskosten 5,7 Millionen Franken) • Kauf der Schule Baldegg (Projekt Mittelschule Seetal) • Verkauf der Kantonsschule Hochdorf (Projekt Mittelschule Seetal) • Buchgewinn aus der Einräumung eines Baurechts an der Liegenschaft des Seminars Hitzkirch an die Interkantonale Polizeifachschule Hitzkirch 	bis 2005 bis 2005 bis 2008 bis 2006 2005 2005 2006	0.4 0.15 1 1	1 1.1 3.1 11.5 -10 9
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)	<ul style="list-style-type: none"> • Releasewechsel SAP R/3 • Ausbau der Informatik-Sicherheit • Aufbau der Archivierung von Personalakten • Aufbau Datawarehouse 	2006 bis 2007 bis 2008 bis 2008		0.8 1.0 1.6 1.2
Gesetzesänderungen	<ul style="list-style-type: none"> • Neues Informatikgesetz (Anpassungen der Rechtsgrundlagen im Bereich des elektronischen Datenverkehrs und des Datenschutzes) • Neues Statistikgesetz (gesamtschweizerische Vereinheitlichung, Definition der Leistungen des Amtes für Statistik) 	2004 2004		

	Zeitraum	Projekt-/Betriebskosten insgesamt 2005-2008 in Mio. Franken	Investitionskosten 2005-2008 in Mio. Franken
• SRL Nr. 150: Totalrevision Gemeindegesetz (Regelung der Kompetenzen der Gemeinden, Mindestvorschriften bezüglich Gemeindeorganisation, Finanzhaushalt der Gemeinden, kantonale Aufsicht, buchhalterische Mindestanforderungen, Controlling)	2005	0.1	
• SRL Nr. 600: Teilrevision Finanzaushaltsgesetz (verschiedene Anpassungen)	2005		
• SRL Nr. 23: Teilrevision Haftungsgesetz (Anpassungen im Zusammenhang mit der Staatsgarantie für die privatisierte LUKB AG)	2006		
• SRL Nr. 1: Totalrevision Staatsverfassung (Schaffung einer modernen, neuen Staatsverfassung unter Einbezug der Bevölkerung gemäss Volksentscheid vom 23. September 2001).	2007	2.4	

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2002	B2003	B2004	2005	2006	2007	2008	%
Aufwand	265.1	216.5	306.1	311.4	313.3	321.0	324.9	6.1
Ertrag	163.1	107.8	219.0	223.9	237.0	230.6	233.7	6.7
Aufwand-/Ertragsüberschuss	102.0	108.7	87.1	87.5	76.4	90.4	91.1	
01 Legislative und Exekutive								
Aufwand	3.4	4.0	2.6	2.6	2.7	2.7	2.7	
Ertrag	-	-	-	-	-	-	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	3.4	4.0	2.6	2.6	2.7	2.7	2.7	
02 Allgemeine Verwaltung¹								
Aufwand	233.7	178.3	241.3	246.0	247.8	250.7	253.6	
Ertrag	107.9	41.3	107.4	111.7	113.4	115.1	117.0	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	125.8	137.0	133.9	134.4	134.4	135.6	136.7	
03 Leistungen für Pensionierte								
Aufwand	4.3	4.6	6.4	6.4	6.5	11.0	11.1	
Ertrag	0.4	0.7	-	-	-	-	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	3.8	4.0	6.4	6.4	6.5	11.0	11.1	
09 Nicht aufteilbare Aufgaben²								
Aufwand	23.8	29.6	55.8	56.3	56.4	56.6	57.5	
Ertrag	54.8	65.8	111.6	112.2	123.6	115.5	116.8	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-31.0	-36.2	-55.8	-56.0	-67.1	-58.9	-59.3	
Investitionsrechnung³	R2002	B2003	B2004	2005	2006	2007	2008	%
Ausgaben	12.0	13.6	11.0	23.0	10.2	8.8	8.7	-21.2
Einnahmen	6.9	5.0	1.2	11.2	1.2	1.2	1.2	0.0
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	5.1	8.6	9.8	11.9	9.0	7.6	7.5	
Staatsbeiträge	R2002	B2003	B2004	2005	2006	2007	2008	%
Laufende Rechnung								
Aufwand	0.7	0.8	0.9	2.5	2.5	2.5	2.5	68.3
Ertrag	0.2	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	3.9
Aufwand-/Ertragsüberschuss	0.5	0.5	0.7	2.2	2.2	2.2	2.2	
Investitionsrechnung								
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-	
Einnahmen	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.0
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	-0.2							

¹ Der Anstieg zwischen 2003 und 2004 erklärt sich daraus, dass die verwaltungsinternen Überweisungen neu in dieser Funktion enthalten sind (Verkehrsabgaben, Lotterieerträge).

² Unter die nicht aufteilbaren Aufgaben fallen etwa der Unterhalt und die Bewirtschaftung der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens sowie die Bewirtschaftung der Parkplätze. Der Anstieg des Aufwands zwischen 2003 und 2004 erklärt sich daraus, dass die Liegenschaftsverwaltung neu kalkulatorische Zinsen bezahlt. Der Anstieg des Ertrags zwischen 2003 und 2004 erklärt sich daraus, dass den Spitätern und Kliniken neu Mietzinse verrechnet werden.

³ Die Veränderungen im Jahr 2005 ergeben sich aus dem Kauf der Schule Baldegg und dem Verkauf der Kantonsschule Hochdorf (Projekt Mittelschule Seetal). Im Übrigen werden die Baubeuräge des Bundes ab 2004 den jeweiligen Hauptaufgaben zugeteilt (z.B. Baubeuräge für die Sonderschulen bei der Bildung).

1. Öffentliche Sicherheit

Leistungserbringer (In alphabetischer Reihenfolge)	Amt für das Gastgewerbe, Amt für Migration, Amt für Militär, Umwelt und Energie (Schadenwehr), Amt für Zivilschutz, Amtsstatthalterämter, Bodenrechtskommission, Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann, Departementssekretariat Justiz- und Sicherheitsdepartement (Projekt LIP), Einigungsamt, Gerichte, Grundbuchämter, Grundbuchinspektorat, Haftanstalt und Untersuchungsgefängnis Grosshof, Handelsregisteramt, Jugandanwaltschaft, Kantonspolizei, Konkursämter, Raumentwicklung, Wirtschaftsförderung und Geoinformation, Schlichtungsbehörde für Miete und Pacht, Schutzaufsicht- und Fürsorgeamt, Staatsanwaltschaft, Strafanstalt Wauwilermoos, Straf- und Massnahmenvollzug, Straßenverkehrsamt, Zentralstelle für wirtschaftliche Landesversorgung.
Generelle Entwicklung	<ul style="list-style-type: none">Mit der schrittweisen Erhöhung des Personalbestands der Kantonspolizei, die Sie mit Beschluss vom 27. Mai 2002 zustimmend zur Kenntnis genommen haben, können wir den gesteigerten Anforderungen an die Kantonspolizei inskünftig besser gerecht werden. Den Forderungen der Justiz, der Behörden und der Bevölkerung nach qualitativen und quantitativen Leistungssteigerungen stehen jedoch noch immer personelle Defizite gegenüber.Im Herbst 2006 soll in den Räumen des heutigen Seminars Hitzkirch die Interkantonale Polizeifachschule Hitzkirch mit bis zu 350 Auszubildenden starten. Wir wollen zu diesem Zweck ein Konkordat errichten. Die Schule soll in Form einer öffentlich-rechtlichen Anstalt organisiert werden.Ab Inkrafttreten der Armee-Reform XXI im Jahr 2004 werden nur noch 11 Jahrgänge militärdienstpflichtig sein. Daraus resultiert ein Ertragsausfall bei den Wehrpflichtersatzabgaben ab dem Jahr 2005.Am 1. Juni 2002 traten die bilateralen Verträge mit der EU in Kraft. Das Ergebnis ist eine stufenweise Erleichterung des Personenverkehrs für Staatsangehörige der EU und der EFTA in den nächsten zwölf Jahren. Daraus resultieren Gebührenausfälle beim Amt für Migration.Die bilateralen Verträge haben auch Auswirkungen auf die Fahrzeugprüfungen. Namentlich sind im EU-Landverkehrsabkommen kürzere Nachprüffintervalle vorgeschrieben. Gleichzeitig steigt der Bestand an Motorfahrzeugen im Kanton Luzern stetig an. Zur Bewältigung dieser Aufgaben sehen wir die Mitbenützung des vom Bund geplanten Schwerverkehrkontrollzentrums Reiden vor. Zusätzlich planen wir die Errichtung eines regionalen Verkehrsprüfungszentrums in Sursee.Verschiedene Faktoren wie der Ausbau der Kantonspolizei, die geplante eidgenössische Strafprozessordnung, die Revision des Vormundschaftsrechts sowie die Revision des allgemeinen Teils

des Strafgesetzbuches werden zu einer Mehrbelastung der Gerichte führen. Diese müssen längerfristig personell ausgebaut werden.

- Die Kantonalisierung des Vermessungswesens, wie sie in unserem Entwurf zum Geoinformationsgesetz vorgesehen ist (B 151 vom 20. Dezember 2002), wird ab 2005 zu einer Mehrbelastung des Kantons führen.

		Zeitraum	Projekt-/Betriebs- kosten insgesamt 2005-2008 in Mio. Franken	Investitionskosten 2005-2008 in Mio. Franken
Beschlossene Vorhaben	<ul style="list-style-type: none"> Kantonalisierung des Vermessungswesens 2. Phase Personalaufstockung Kantonspolizei um insgesamt 24 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemäss Grossratsbeschluss vom 27. Mai 2002 Mitbenützung des Schwerverkehrskontrollzentrums Reiden 	ab 2005 bis 2006 2008	6.3	7.2 3.0
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)	<ul style="list-style-type: none"> Ersatzbeschaffung von Radaranlagen für die Geschwindigkeitsmessung auf der A2/A14 Kapo-Stützpunkt Sprengi (Neubau Fahrzeugeinstellhalle mit Bürotrakt) Umzug des Amtes für Zivilschutz nach Sempach (Nutzung der frei werdenden Räume nach Wegzug der Interkantonalen Polizeifachschule) 	2006 2006 2007		1.3 2.5 2.7
Gesetzesänderungen	<ul style="list-style-type: none"> SRL Nr. 370: Teilrevision des Gesetzes über zivile Schutzmassnahmen (Anpassung an neue Bundesgesetzgebung) 	2004		

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2002	B2003	B2004	2005	2006	2007	2008	%
Aufwand	276.4	277.1	212.3	213.1	213.1	215.3	218.4	2.9
Ertrag	120.4	122.5	125.5	126.9	125.1	126.5	128.2	2.1
Aufwand-/Ertragsüberschuss	156.0	154.5	86.8	86.2	88.0	88.8	90.2	
10 Rechtsaufsicht								
Aufwand	28.9	29.7	30.1	29.1	29.4	29.7	30.0	
Ertrag	32.3	33.1	28.3	29.0	29.3	29.6	29.9	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-3.4	-3.4	1.8	0.1	0.1	0.1	0.1	
11 Polizei¹								
Aufwand	156.9	157.7	89.3	90.7	92.3	93.3	94.7	
Ertrag	45.3	47.1	52.7	53.3	53.9	54.6	55.4	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	111.6	110.6	36.6	37.4	38.4	38.6	39.2	
12 Rechtsprechung								
Aufwand	47.2	47.4	47.7	47.9	45.5	46.0	46.6	
Ertrag	19.5	20.9	21.4	21.4	18.4	18.6	18.9	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	27.7	26.5	26.3	26.5	27.1	27.4	27.8	
13 Strafvollzug								
Aufwand	27.4	26.0	29.0	29.2	29.5	29.9	30.3	
Ertrag	15.5	14.0	15.7	15.8	16.0	16.2	16.4	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	11.9	12.0	13.4	13.4	13.6	13.7	13.9	
14 Feuerwehr								
Aufwand	0.5	0.4	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5	
Ertrag	0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	0.3	0.4	0.4	0.4	0.4	0.4	0.5	
15 Militärische Landesverteidigung								
Aufwand	9.1	9.6	9.5	9.6	9.7	9.8	9.9	
Ertrag	4.9	4.8	5.1	5.1	5.1	5.1	5.1	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	4.1	4.8	4.4	4.5	4.6	4.7	4.8	
16 Zivile Landesverteidigung								
Aufwand	6.4	6.3	6.1	6.1	6.2	6.2	6.3	
Ertrag	2.6	2.6	2.3	2.3	2.3	2.3	2.4	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	3.8	3.7	3.8	3.8	3.9	3.9	4.0	
Investitionsrechnung	R2002	B2003	B2004	2005	2006	2007	2008	%
Ausgaben	8.4	10.3	8.9	6.3	6.6	8.2	8.7	-2.6
Einnahmen	-	0.5	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.0
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	8.4	9.9	8.7	6.1	6.4	8.0	8.4	

Staatsbeiträge	R2002	B2003	B2004	2005	2006	2007	2008	%
<i>Laufende Rechnung</i>								
Aufwand	1.1	1.4	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	-8.9
Ertrag	4.6	4.4	0.3	0.3	0.3	0.3	0.4	3.9
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-3.5	-3.0	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	
<i>Investitionsrechnung</i>								
Ausgaben	0.2	0.4	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.0
Einnahmen	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.0
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	-0.1	0.2	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0	

¹ Der Rückgang des Aufwands ab dem Jahr 2004 erklärt sich daraus, dass die interne Überweisung der Verkehrsabgaben, die beim Straßenverkehrsamt eingehen, neu über die Funktion 02 Allgemeine Verwaltung abgewickelt wird.

2. Bildung

Leistungserbringer
(In alphabetischer
Reihenfolge)

Bildungs- und Kulturdepartement, Raumentwicklung, Wirtschaftsförderung und Geoinformation (Staatsbeitrag Microcenter Zentralschweiz), Lehrmittelverlag.

Generelle Entwicklung

- Die Volksschulen werden bis 2006 mit der Umsetzung des Volksbildungsgesetzes und des Projekts "Schulen mit Profil" ausgelastet sein. Parallel dazu wollen wir mit dem Vorhaben "Schule in Diskussion" weite Kreise an der Ausgestaltung der Volksschule beteiligen.
- Bei den Mittelschulen stehen die Evaluation der Gymnasialreform und die Etablierung eines Qualitätssicherungssystems im Vordergrund. Daneben gilt es die Infrastrukturen, die durch die Einführung des neuen Maturitäts-Anerkennungs-Reglementes MAR notwendig werden, bereitzustellen. Von besonderer Bedeutung sind hier die Entwicklungen im Seetal (Konzentration aller Mittelschulen an einem Ort) und auf dem Platz Luzern.
- Die Übertritte ins Gymnasium haben in den letzten Jahren stark zugenommen, vor allem durch den verstärkten Zustrom weiblicher Jugendlicher. Dennoch liegt die Luzerner Maturandenquote deutlich unter dem schweizerischen Durchschnitt. Aus diesem Grund ist trotz sinkenden Geburtenzahlen kein Rückgang der Gymnasialabteilungen zu erwarten.
- Das Kindergartenseminar wird aufgelöst und führt ab Sommer 2005 keine Klassen mehr. Die seminaristische Ausbildung an der Kantonalen Mittelschule Seetal und am Pädagogischen Ausbildungszentrum Musegg endet im Jahr 2007. Die Ausbildung für die Lehrberufe erfolgt ab Herbst 2003 an der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz.
- Bei der Berufsbildung müssen die kantonalisierten Berufsschulen integriert, neue schulische Ausbildungswege gestaltet und eine Lösung für die Diplommittelschule gefunden werden. Außerdem werden wir die neue Bildungssystematik im Gesundheits- und Sozialbereich und in der landwirtschaftlichen Bildung und das neue schweizerische Berufsbildungsgesetz umsetzen.
- Im Hochschulbereich steht der Neubau der Universität an. Sodann werden wir den Campus Luzern weiterentwickeln. In diesem sind die Universität Luzern, die fünf Hochschulen der Fachhochschule Zentralschweiz, die Pädagogische Hochschule und weitere Institutionen des tertiären Bildungsbereichs zusammengefasst. Als Lernplattform strebt der Campus Luzern die Vernetzung verschiedener Wissensgebiete an und gewährleistet die Durchlässigkeit und die Öffnung der Studiengänge.
- Die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz PHZ wird ihren Betrieb nach dem Start im Herbst 2003 schrittweise zum Vollausbau führen. Sie wird mit ihren innovativen Konzepten die Ausbildung

der Volksschullehrpersonen qualitativ verbessern und mit einem starken Praxisbezug versehen. Sodann werden Teile des Amtes für Volksschulbildung sowie das Institut für schulische Heilpädagogik und die Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung in die Pädagogische Hochschule integriert.

Beschlossene Vorhaben		Zeitraum	Projekt-/Betriebs-	Investitionskosten
			kosten insgesamt 2005-2008 in Mio. Franken	2005-2008 in Mio. Franken
• Projekt Umgestaltung Sekundarstufe I	bis 2006	0.6	6	
	bis 2006	0.6		
	bis 2007	72		
	2005		1.5	
	2006			4.2
	2009		40	

Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)	Zeitraum	Projekt-/Betriebs- kosten insgesamt 2005-2008 in Mio. Franken	Investitionskosten 2005-2008 in Mio. Franken
• Projekt Basisstufe (Umgestaltung der Schuleingangsstufe)	ab 2005	1.8	
• Projekt Englisch Primarstufe (Ausweitung der Ausbildungskurse für Primarlehrpersonen im Hinblick auf die geplante Einführung im Schuljahr 2005/06)	ab 2005	2	
• Umsetzung diverser Projekte im Volkschulbereich (Reform Kindergarten; Einführung Begabtenförderung, Schulsozialarbeiter und Englisch an der Primarschule; Renaissance des Lehrberufs)	ab 2005	44.5	
• Projekt Leistungsmessung in der obligatorischen Schulzeit	ab 2006	1.3	
• Übernahme Brückenangebote in kantonale Trägerschaft (10. Schuljahr etc.)	ab 2005	12	
• Umsetzung des neuen schweizerischen Berufsbildungsgesetzes (neue Ausbildungsmodelle; höhere Schulanteile in einzelnen Berufen; Einführung der neuen zweijährigen Grundbildung mit Attest anstelle der Anlehre)	ab 2005	6.8	
• Schulnetz (Internet, Intranet und E-Mail. Ablösung des bisherigen Gratisangebots der Swisscom im Jahr 2007)	ab 2007	2	1.9
• E-Learning (Aufbau von Angebot und Dienstleistungen)	bis 2007		2.5
• Neue Besoldungsordnung für Lehrpersonen (Anpassung der Pro-Kopf-Beiträge an die Gemeinden. Mehrkosten für Kanton)	ab 2006	18	
• Informatikreorganisation im Bildungsdepartement	ab 2005	2.4	

	Zeitraum	Projekt-/Betriebs- kosten insgesamt 2005-2008 in Mio. Franken	Investitionskosten 2005-2008 in Mio. Franken
<ul style="list-style-type: none"> Baubeitrag an Ausbildungszentrum des Baumeisterverbandes Kantonsschule Luzern: <ul style="list-style-type: none"> Erweiterung Mensa Erweiterung Schulzimmer (4 Mio.) Neubau Bibliothek (5,5 Mio.) Berufsbildungszentrum Sursee: <ul style="list-style-type: none"> Erweiterung MULON Erweiterung ITC-Center (8 Mio.) Umbau Erdgeschoss (1,8 Mio.) Neubau Dreifachturnhalle (8,5 Mio.) Kantonsschule Seetal, Baldegg (Ausbau / Umbau. Investitionskosten insgesamt 10,2 Mio. Franken) Hochschule für Technik und Architektur (Erweiterung Bibliothek / Betriebliche Verbesserungen) Kantonsschule Reussbühl (Neubau Turnhalle) Pädagogische Hochschule Zentralschweiz: Musegg (Ausbau. Investitionskosten insgesamt 2,5 Mio. Franken) Hochschule für Gestaltung und Kunst: Schulgebäude Sentimatt (Ausbau/Erweiterung) Neue Schulanlage Aggo Luzern (Investitionskosten insgesamt 46,5 Mio. Franken) 	bis 2007 2005 2005 2009 2005 2006 2007 2009 2006 2007 2008 2008 2008 2013 2005	4 0.5 2.0 0.5 1.5 7.5 1.5 4.5 9.2 2.3 5.5 2 11.5 1.5	
Gesetzesänderungen			(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2002	B2003	B2004	2005	2006	2007	2008	%
Aufwand	582.0	608.4	638.3	647.5	660.2	675.2	689.5	8.0
Ertrag	150.5	165.0	166.7	167.8	169.7	171.6	174.1	4.4
Aufwand-/Ertragsüberschuss	431.6	443.4	471.6	479.7	490.6	503.7	515.5	
20 Kindergärten¹								
Aufwand	8.5	8.5	-	-	-	-	-	-
Ertrag	-	-	-	-	-	-	-	-
Aufwand-/Ertragsüberschuss	8.5	8.5	-	-	-	-	-	
21 Volksschule								
Aufwand	145.8	141.5	150.8	151.7	153.1	154.7	157.2	
Ertrag	19.6	18.2	14.5	14.6	14.8	15.0	15.2	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	126.2	123.3	136.3	137.1	138.3	139.8	142.0	
22 Sonderschulen								
Aufwand	59.8	60.6	68.8	69.5	70.9	72.0	73.3	
Ertrag	44.3	45.2	52.8	53.2	54.0	54.7	55.6	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	15.5	15.4	16.0	16.2	16.9	17.3	17.8	
23 Berufsbildung²								
Aufwand	115.6	145.6	149.7	150.5	151.8	161.4	163.8	
Ertrag	48.0	61.9	54.5	54.9	55.4	55.9	56.7	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	67.7	83.7	95.1	95.6	96.5	105.5	107.2	
24 Lehrerausbildung³								
Aufwand	40.7	33.1	23.8	22.8	20.9	17.8	17.6	
Ertrag	6.7	4.7	4.8	4.8	4.9	4.9	5.0	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	34.0	28.4	18.9	18.0	16.0	12.9	12.6	
25 Allgemeinbildende Schulen								
Aufwand	105.0	108.6	120.5	121.2	122.9	124.2	126.6	
Ertrag	28.3	31.8	32.7	32.9	33.2	33.5	34.0	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	76.7	76.8	87.8	88.3	89.7	90.7	92.6	
26 Höhere Berufsausbildung⁴								
Aufwand	38.8	38.6	-	-	-	-	-	-
Ertrag	-	-	-	-	-	-	-	-
Aufwand-/Ertragsüberschuss	38.8	38.6	-	-	-	-	-	
27 Hochschulen und Forschung⁵								
Aufwand	39.8	41.5	91.6	98.9	107.3	112.1	117.5	
Ertrag	1.9	2.0	0.6	0.6	0.6	0.6	0.6	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	37.9	39.5	91.0	98.2	106.7	111.5	116.9	
29 Übriges Bildungswesen								
Aufwand	28.0	30.4	33.1	33.0	33.3	33.0	33.5	
Ertrag	1.7	1.2	6.7	6.8	6.8	6.9	7.0	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	26.4	29.2	26.4	26.2	26.4	26.1	26.5	

Investitionsrechnung	R2002	B2003	B2004	2005	2006	2007	2008	%
Ausgaben	42.3	37.7	38.0	37.9	39.2	39.3	38.3	0.9
Einnahmen	0.1	-	1.7	1.7	1.7	1.7	1.7	0.0
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	42.2	37.7	36.3	36.2	37.6	37.7	36.7	
Staatsbeiträge	R2002	B2003	B2004	2005	2006	2007	2008	%
<i>Laufende Rechnung</i>								
Aufwand	311.7	272.6	303.4	311.9	323.2	330.8	340.0	12.1
Ertrag	85.5	90.9	90.0	90.6	91.6	92.7	94.1	4.5
Aufwand-/Ertragsüberschuss	226.2	181.7	213.3	221.3	231.6	238.1	245.9	
<i>Investitionsrechnung</i>								
Ausgaben	9.2	7.9	7.7	7.0	7.0	5.5	4.5	-41.9
Einnahmen	1.9	1.6	1.7	1.7	1.7	1.7	1.7	0.0
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	7.4	6.3	6.0	5.3	5.3	3.8	2.8	

¹ Diese Position ist neu im Aufgabenbereich 21 Volksschulen enthalten.

² Die Aufwandsteigerung zwischen 2002 und 2003 erklärt sich aus der Kantonalisierung der Berufsschulen.

³ Die seminaristische Ausbildung am Kindertagenseminar und an den bisherigen Lehrerseminaren wird durch die PHZ abgelöst. Die PHZ ist im Aufgabenbereich 27 Hochschulen enthalten.

⁴ Die Fachhochschulen sind neu im Aufgabenbereich 27 Hochschulen enthalten.

⁵ In diesem Aufgabenbereich sind neu auch die Fachhochschulen und die PHZ enthalten.

3. Kultur und Freizeit

Leistungserbringer
(In alphabetischer
Reihenfolge)

Abteilung Kultur- und Jugendförderung, Amt für Denkmalpflege und Archäologie, Bildungs- und Kulturdepartement (verschiedene Staatsbeiträge), Historisches Museum, Natur-Museum, Sportamt, Sport-Toto Justiz- und Sicherheitsdepartement, Zentral- und Hochschulbibliothek.

- Generelle Entwicklung**
- Im Vordergrund steht die Aufgabenentflechtung zwischen dem Kanton und den Gemeinden im Rahmen der Gemeindereform 2000+. Wir gehen davon aus, dass der Kanton als Folge davon im Bereich Kultur stärker belastet sein wird. Die Gemeinden werden als Ausgleich eine Aufgabe in einem andern Bereich übernehmen müssen.
 - Die ständige Ausstellung des Natur-Museums ist 25 Jahre alt und muss erneuert werden. Geplant sind auch bauliche Massnahmen.
 - Schliesslich ist der Ausbau der Zentral- und Hochschulbibliothek geplant. Damit soll der seit Jahren bestehenden Raumknappheit begegnet und die Attraktivität des Campus Luzern erhöht werden.

		Zeitraum	Projekt-/Betriebs- kosten insgesamt 2005-2008 in Mio. Franken	Investitionskosten 2005-2008 in Mio. Franken
Beschlossene Vorhaben	<ul style="list-style-type: none"> • Teilprojekt Aufgabenreform, Bereich Kultur (Projektkosten) • Erhöhung der Beiträge an den Betrieb des Luzerner Theaters und des Luzerner Sinfonieorchesters gemäss B 3 vom 8. April 2003 	bis 2005 ab 2005	0.5 3.6	
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)	<ul style="list-style-type: none"> • Erstellung eines Bauinventars über die schutzwürdigen Bauobjekte • Erstellung eines archäologischen Fundstelleninventars • Teilprojekt Aufgabenreform, Bereich Kultur (Mehrkosten des Kantons) • Erneuerung der Ausstellung und bauliche Massnahmen Natur-Museum • Letzimagazin Luzern (Vorplatzgestaltung/Abbruch Tankstelle) • Hochschulbibliothek (Weiterentwicklung der Zentral- und Hochschulbibliothek auf dem Campus Luzern. Investitionskosten insgesamt 16,5 Mio. Franken) 	ab 2004 ab 2005 ab 2005 bis 2006 bis 2006 bis 2009		1.6 1.2 2 5 0.8 0.8 11.5
Gesetzesänderungen	<ul style="list-style-type: none"> • Neues Archivgesetz (Anpassung an Aufgabenreform) • SRL Nr. 595: Teilrevision Denkmalpflegegesetz (Anpassung an Aufgabenreform) • SRL Nr. 402: Teilrevision Kulturförderungsgesetz (Anpassung an Aufgabenreform) 	2005 2005 2005		

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2002	B2003	B2004	2005	2006	2007	2008	%
Aufwand	37.0	34.9	43.9	44.1	44.5	44.9	45.6	3.9
Ertrag	10.9	11.3	7.7	7.8	7.9	8.0	8.1	4.7
Aufwand-/Ertragsüberschuss	26.0	23.6	36.1	36.3	36.6	37.0	37.5	
30 Kulturförderung¹								
Aufwand	28.5	26.6	35.0	35.2	35.5	35.9	36.4	
Ertrag	6.3	6.6	2.5	2.5	2.6	2.6	2.6	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	22.2	20.0	32.4	32.7	32.9	33.3	33.8	
31 Denkmalpflege und Heimatschutz								
Aufwand	3.3	3.3	3.4	3.4	3.5	3.5	3.6	
Ertrag	0.3	0.4	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	3.0	2.9	3.1	3.1	3.2	3.2	3.2	
34 Sport								
Aufwand	4.9	4.8	5.3	5.3	5.3	5.3	5.4	
Ertrag	4.4	4.3	4.9	4.9	5.0	5.1	5.1	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	0.5	0.5	0.3	0.3	0.3	0.3	0.2	
39 Kirche								
Aufwand	0.3	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	
Ertrag	-	-	-	-	-	-	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	0.3	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	
Investitionsrechnung	R2002	B2003	B2004	2005	2006	2007	2008	%
Ausgaben	5.0	4.7	4.1	4.5	4.6	4.7	4.7	15.7
Einnahmen	-	0.6	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.0
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	5.0	4.1	4.0	4.4	4.5	4.6	4.6	
Staatsbeiträge	R2002	B2003	B2004	2005	2006	2007	2008	%
Laufende Rechnung								
Aufwand	13.4	13.2	15.3	15.5	15.7	15.9	16.1	5.3
Ertrag	1.0	1.0	0.9	0.9	0.9	0.9	0.9	3.9
Aufwand-/Ertragsüberschuss	12.4	12.3	14.5	14.6	14.8	15.1	15.2	
Investitionsrechnung								
Ausgaben	2.7	2.5	2.1	2.5	2.5	2.5	2.5	19.0
Einnahmen	0.1	0.7	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.0
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	2.5	1.8	2.0	2.4	2.4	2.4	2.4	

¹ Die Erträge aus den Lotteriegeldern sind ab 2004 in der Funktion 02 Allgemeine Verwaltung enthalten.

4. Gesundheit

Leistungserbringer
(In alphabetischer
Reihenfolge)

Abteilung Gesundheitswesen und Soziales Gesundheits- und Sozialdepartement, Abteilung Spitalwesen Gesundheits- und Sozialdepartement, Kantonsapotheke, Kantonsärztlicher Dienst, Kantonales Laboratorium, Kantonzahnarzt, Kantonsspital Luzern (KSL), Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst (KJPD), Kantonale Spital Sursee-Wolhusen (KSSW), Luzerner Höhenklinik Montana (LHM), Psychiatriezentrum Luzerner Landschaft (PLL), Psychiatriezentrum Luzern-Stadt (PLS), Sanitätsnotruf.

Generelle Entwicklung

- Mit der KVG-Revision 2 wird die Finanzierung der Spitäler neu geregelt (dualfixe Finanzierung, Sockelbeitrag, Kostendeckungsgrad, Investitionskosten). Die KVG-Revision soll haushaltneutral erfolgen (mit Ausnahme der Prämienverbilligungen, der Pflegeheime und der Spitex). Die KVG-Revision 2 wird frühestens auf 2005 in Kraft treten. Anstehend ist auch die KVG-Revision 3 (monistische Finanzierung).
- Mit dem Projekt "swiss-DRG" wird von den verschiedenen Akteuren im Gesundheitswesen (SDK, H+, FMH, santésuisse) eine einheitliche Leistungs- bzw. Produktedefinition erarbeitet mit dem Ziel, die Finanzierung transparent und vergleichbar zu machen.
- Auf kantonaler Ebene haben wir verschiedene Projekte geplant oder bereits gestartet. Zu nennen sind namentlich die Totalrevision des Gesundheitsgesetzes und die neue Planung der Gesundheitsversorgung (Spitalplanung). Unter anderem sollen für die Spitäler neue Organisations- und Leitungsstrukturen mit klaren Verantwortlichkeiten eingeführt werden. Geplant ist weiter der Aufbau eines medizinischen Controllings und ein neues Abgeltungsmodell im Akutbereich (Ablösung der Tagespauschalen durch ein DRG-System).
- Mit dem Aufbau einer Kostenträgerrechnung und der flächendeckenden Leistungserfassung streben wir die von der Verordnung über die Kostenermittlung und Leistungserfassung (VKL) geforderte Transparenz an. Wir erwarten davon eine Besserstellung in den Tarifverhandlungen mit den Krankenversicherern und bessere Führungs- und Entscheidungsgrundlagen auf Spital- bzw. Klinikebene. Die geforderte Transparenz ist mit zusätzlichem personellem und finanziellem Aufwand verbunden.
- Der Leistungsauftrag der Spitäler und Kliniken richtet sich primär nach dem Krankenversicherungsgesetz (KVG) und den darauf beruhenden Verordnungen des Bundes. Aufgrund dieser Vorgaben (Heilmittelgesetz, Medizinalprodukteverordnung, Verordnung über die Kostenermittlung und Leistungserfassung VKL, EKAS-Richtlinien, Tarmed u.a.) und der medizinischen Entwicklung (neue Behandlungsmethoden, Medizintechnik, neue Medikamente) rechnen wir mit weiterhin überproportional steigenden Gesundheitskosten.

- Der Tarifentscheid des Bundesrates für das Jahr 2001 ist nach wie vor ausstehend. Für die Jahre 2002 und 2003 hat die Regierung provisorische Tarife festgelegt. Die Ertragslage ist daher mit etlichen Unsicherheiten behaftet und stagnierend.

		Zeitraum	Projekt-/Betriebs- kosten insgesamt 2005-2008 in Mio. Franken	Investitionskosten 2005-2008 in Mio. Franken
Beschlossene Vorhaben	<ul style="list-style-type: none"> Umsetzung der Vorgaben des Bundes in den Spitäler und Kliniken in der Planperiode (Qualitätsmassnahmen, Einführung VKL und Tarmed, Umsetzung der EKAS-Richtlinien) KSSW Sursee (Sanierung/Erweiterung) 	bis 2007	18	28
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)	<ul style="list-style-type: none"> KSL und KSSW: Verbesserung der Transparenz im Rechnungswesen in der Planperiode (Einführung Kostenträgerrechnung, DRG, Controlling, Klinikcontroller): teilweise eingerechnet KSL und KSSW: Projekt Neue Trägerschaft und Organisationsstrukturen der Spitäler und Kliniken Kantonalisierung der Lebensmittelkontrolle KSL und KSSW: Neue Arbeitszeitregelung Oberärzte KSL: 	ab 2005 ab 2005 ab 2005 2005 2005	8.8 6 3.2 11	
	Neubau Mikrobiologie (4,5 Mio.)	2005		1
	Helilandeplatz/Liftsanierung	2005		1.5
	Energiesparmassnahmen Lüftung	2007		1.3
	Restaurant Erweiterung	2008		2
	Ersatz Fernwärme-Notversorgung	2008		4
	Nordanbau (30 Mio.)	2010		14
	Schulgebäude (Sanierung/Abbruch) (5 Mio.)	2010		2

	Zeitraum	Projekt-/Betriebs- kosten insgesamt 2005-2008 in Mio. Franken	Investitionskosten 2005-2008 in Mio. Franken
• PLS:			
Erweiterung Psychiatrie	2008	14	
Weiterer Ausbau der Regionalisierung der ambulanten kinder- und jugend-psychiatrischen Versorgung	2008	2	
• PLL:			
Ausbau ambulante Psychiatrie	2008	1.4	
Ausbau/Sanierung Pavillion C	2008		1.2
Ausbau/Sanierung Pavillion E (2,9 Mio.)	2010		1.5
Ausbau/Sanierung Therapie-Wirtschaftstrakt (2,8 Mio.)	2010		2.3
Ausbau/Sanierung Restaurant Löwen (1,6 Mio.)	2010		1.1
Gesetzesänderungen	• SRL Nr. 800: Totalrevision des Gesundheitsgesetzes (Neuformulierung der kantonalen Gesundheitspolitik unter Einbezug des Angebots der privaten Leistungsanbieter)	2005	

Laufende Rechnung	R2002	B2003	B2004	2005	2006	2007	2008	(in Mio. Franken) %
Aufwand	532.9	547.6	607.3	623.9	629.8	636.8	646.1	6.4
Ertrag	335.8	344.3	344.8	346.5	349.8	354.0	360.7	4.6
Aufwand-/Ertragsüberschuss	197.1	203.3	262.5	277.5	280.0	282.8	285.4	
40 Spitäler¹								
Aufwand	447.1	455.2	505.4	520.8	525.6	531.5	539.2	
Ertrag	295.5	302.0	298.8	300.2	303.0	306.6	312.7	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	151.6	153.2	206.6	220.7	222.6	224.8	226.5	
42 Psychiatrische Kliniken¹								
Aufwand	70.3	76.4	84.6	85.6	86.4	87.3	88.6	
Ertrag	36.5	39.3	40.9	41.2	41.6	42.1	42.7	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	33.8	37.1	43.8	44.5	44.8	45.2	45.9	
45 Krankheitsbekämpfung								
Aufwand	4.6	4.5	4.9	5.1	5.3	5.4	5.5	
Ertrag	2.5	1.8	1.8	1.8	1.9	1.9	1.9	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	2.1	2.7	3.1	3.3	3.4	3.5	3.6	
47 Lebensmittelkontrolle								
Aufwand	3.0	3.3	3.2	3.2	3.2	3.2	3.3	
Ertrag	0.8	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7	0.8	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	2.2	2.6	2.5	2.5	2.5	2.5	2.5	
49 Übriges Gesundheitswesen								
Aufwand	7.8	8.2	9.1	9.2	9.2	9.3	9.4	
Ertrag	0.5	0.5	2.6	2.6	2.6	2.6	2.6	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	7.3	7.7	6.5	6.6	6.6	6.7	6.8	
Investitionsrechnung	R2002	B2003	B2004	2005	2006	2007	2008	%
Ausgaben	53.5	49.1	48.3	50.4	51.7	53.3	53.3	10.3
Einnahmen	-	-	2.0	2.0	2.0	2.0	2.0	0.0
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	53.5	49.1	46.3	48.4	49.7	51.3	51.3	

Staatsbeiträge	R2002	B2003	B2004	2005	2006	2007	2008	%
<i>Laufende Rechnung</i>								
Aufwand	19.4	19.4	21.9	22.1	22.3	22.4	22.5	2.8
Ertrag	2.9	3.4	4.9	4.9	5.0	5.1	5.1	5.0
Aufwand-/Ertragsüberschuss	16.5	16.0	17.0	17.1	17.3	17.3	17.3	
<i>Investitionsrechnung</i>								
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-	
Einnahmen	2.3	1.9	2.0	2.0	2.0	2.0	2.0	0.0
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	-2.3	-1.9	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0	

¹ Im Aufwand der Spitäler und Kliniken ist ab 2004 neu ein Mietzins enthalten. Das Gesamttotal der Mieten sämtlicher Spitäler und Kliniken beträgt rund 38 Millionen Franken.

5. Soziale Wohlfahrt

Leistungserbringer
(In alphabetischer
Reihenfolge)

Abteilung Gesundheitswesen und Soziales Gesundheits- und Sozialdepartement, Wirtschaft und Arbeit, Ausgleichskasse, Departementssekretariat Finanzdepartement (Staatsbeiträge), Koordinationsstelle für Ausländer/-innen-Fragen und Integrationspolitik Justiz- und Sicherheitsdepartement, Landwirtschaftliche Kreditkasse, Amt für Hochbau und Immobilien, Sozialamt.

Generelle Entwicklung

- Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) wird Auswirkungen auf die soziale Wohlfahrt haben. Beispielsweise soll die Heimunterbringung vollständig kantonalisiert werden. Die konkreten Auswirkungen sind jedoch noch nicht bekannt, weshalb wir für den IFAP 2004 - 2008 von der geltenden Aufgabenteilung ausgegangen sind.
- Das Entlastungsprogramm des Bundes hat für die Kantone und Gemeinden zum Teil indirekte Auswirkungen bei den Ergänzungsleistungen, bei der wirtschaftlichen Sozialhilfe, bei der Prämienverbilligung und bei den IV-Heimen. In einzelnen Bereichen können die Kürzungen des Bundes durch eine zurückhaltende kantonale Ausgabenpolitik aufgefangen werden.
- Mit der KVG-Revision 2 sollen die Prämienverbilligungen neu geregelt werden. Das zur Diskussion stehende System würde dem Kanton Luzern Mehrkosten von 15 - 20 Millionen Franken pro Jahr bringen. Die Vorlage wird zurzeit in den eidgenössischen Räten behandelt.
- Die Kosten im Heimwesen sind in den letzten Jahren überproportional gestiegen. Dies aufgrund von Angebotserweiterungen in bestehenden Heimen sowie aufgrund von neu anerkannten Institutionen. Wir prüfen daher zurzeit ein Moratorium für neue Angebote und Investitionen. Zudem sollen mit den Institutionen Leistungsvereinbarungen abgeschlossen werden.
- Die Staatsbeiträge für Wohnbausanierungen im Berggebiet werden den Kanton ab 2006 stärker belasten, da die Finanzhilfen des Bundes gemäss Bundesgesetz über die Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten (SR 844) bis zum 31. Dezember 2005 befristet sind.

		Zeitraum	Projekt-/Betriebs- kosten insgesamt 2005-2008 in Mio. Franken	Investitionskosten 2005-2008 in Mio. Franken
Beschlossene Vorhaben	• Erhöhung des Staatsbeitrags Wohnbauförderung im Berggebiet	ab 2006	2.1	
Geplante Vorhaben	keine			
Gesetzesänderungen	• SRL 894: Revision Heimfinanzierungsgesetz	2005		

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2002	B2003	B2004	2005	2006	2007	2008	%
Aufwand	567.2	532.5	643.7	666.0	694.4	726.0	760.5	18.2
Ertrag	413.7	447.3	553.6	573.3	598.5	626.1	656.5	18.6
Aufwand-/Ertragsüberschuss	153.4	85.2	90.1	92.7	95.9	99.8	104.0	
50 Altersversicherung								
Aufwand	40.1	40.3	40.6	38.6	38.9	39.3	39.9	
Ertrag	20.0	29.2	29.8	28.4	28.6	28.9	29.3	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	20.0	11.1	10.8	10.3	10.3	10.4	10.6	
51 Invalidenversicherung								
Aufwand	48.7	51.5	53.7	50.7	51.1	51.6	52.4	
Ertrag	24.3	37.3	38.9	36.8	37.0	37.4	38.0	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	24.3	14.2	14.8	13.9	14.1	14.2	14.4	
52 Krankenversicherung								
Aufwand	118.1	121.0	136.5	150.2	165.2	181.7	199.8	
Ertrag	104.2	113.2	127.7	140.5	154.5	170.0	187.0	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	13.9	7.8	8.8	9.7	10.7	11.7	12.9	
53 Sonstige Sozialversicherungen								
Aufwand	132.5	140.0	153.0	162.2	171.9	182.2	193.2	
Ertrag	87.4	113.0	124.4	131.9	139.8	148.1	157.0	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	45.0	27.0	28.6	30.3	32.1	34.1	36.1	

54 Jugendschutz								
Aufwand	3.3	3.4	5.1	5.3	5.6	5.9	6.2	
Ertrag	1.7	1.7	2.7	2.7	2.8	2.8	2.9	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	1.7	1.7	2.4	2.6	2.8	3.1	3.3	
55 Invalidität								
Aufwand	14.1	14.5	14.4	14.5	14.6	14.8	14.9	
Ertrag	7.0	7.2	6.8	6.8	7.0	7.2	7.3	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	7.1	7.3	7.6	7.7	7.6	7.6	7.6	
56 Sozialer Wohnungsbau								
Aufwand	4.5	3.5	3.5	3.5	3.6	3.6	3.7	
Ertrag	3.5	3.5	3.5	3.5	3.6	3.6	3.7	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	1.0	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0	
58 Wirtschaftliche Sozialhilfe¹								
Aufwand	205.5	158.0	236.7	240.4	242.8	246.1	249.7	
Ertrag	165.3	142.0	219.7	222.6	225.0	227.9	231.2	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	40.1	16.0	17.1	17.8	17.8	18.2	18.5	
59 Hilfsaktionen								
Aufwand	0.3	0.3	0.2	0.7	0.7	0.7	0.7	
Ertrag	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	0.2	0.1	0.0	0.5	0.5	0.5	0.5	
Investitionsrechnung²	R2002	B2003	B2004	2005	2006	2007	2008	%
Ausgaben	3.3	1.9	-	-	-	-	-	
Einnahmen	42.0	1.1	-	-	-	-	-	
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	-38.7	0.8	-	-	-	-	-	
Staatsbeiträge	R2002	B2003	B2004	2005	2006	2007	2008	%
<i>Laufende Rechnung</i>								
Aufwand	416.2	422.8	454.2	475.0	501.1	530.3	562.0	23.7
Ertrag	238.1	304.5	334.7	351.7	374.2	398.9	426.0	27.3
Aufwand-/Ertragsüberschuss	178.2	118.3	119.4	123.3	126.9	131.5	136.0	
<i>Investitionsrechnung</i>								
Ausgaben	1.7	0.8	-	-	-	-	-	
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-	
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	1.7	0.8	-	-	-	-	-	

¹ Der Anstieg von Aufwand und Ertrag im Jahr 2004 liegt in den massiv höheren durchlaufenden Beiträgen für die ALV.

² Die Einnahmen bestanden vor allem aus der Rückzahlung der Darlehen, welche der Kanton Luzern Anfang der 90er-Jahre dem Ausgleichsfonds der Arbeitslosenversicherung gewähren musste. Die Rückzahlung war Ende 2002 abgeschlossen.

6. Verkehr

Leistungserbringer

Verkehr und Infrastruktur.

Generelle Entwicklung

- Voraussichtlich im Jahr 2007 tritt die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) in Kraft. Diese sieht vor, dass der Bund für den Bau und den Unterhalt der Nationalstrassen abschliessend zuständig ist, während für die Hauptstrassen mit Ausnahme von Grossprojekten die Kantone zuständig sind. Insgesamt wird die neue Aufgabenteilung im Bereich Nationalstrassen und Hauptstrassen kostenneutral sein. Der öffentliche Regionalverkehr soll eine Verbundaufgabe bleiben. Die Kantone sollen jedoch neu 50 Prozent der Kosten tragen. Da die NFA noch nicht von den eidgenössischen Räten beraten worden ist, haben wir den IFAP 2004 - 2008 auf der Basis der bisherigen Aufgabenteilung gerechnet.
- Die Strassenbauschuld beträgt derzeit rund 88 Millionen Franken. Im Jahr 2003 wird sie voraussichtlich nochmals ansteigen. Im Budget 2004 haben wir eine erste Reduktion eingeplant. Wir werden die Strassenbauschuld in der Planperiode kontinuierlich abbauen. Im Jahr 2008 beträgt sie gemäss vorliegender Planung noch rund 60 Millionen Franken.
- Bei den Nationalstrassen werden wir die Planungsarbeiten für die Umsetzung des "letter of understanding" (Bypass Luzern) vornehmen. Für die konkreten Vorhaben im Nationalstrassenbau (gemäss Planung des Bundes) verweisen wir auf die Übersicht auf Seite 63f.
- Für die Vorhaben bei den Kantonsstrassen verweisen wir auf das von Ihnen verabschiedete Bauprogramm 2003 - 2007 sowie auf die Übersicht auf Seite 64f.
- Mit der Realisierung der 1. und 2. Etappe der S-Bahn Luzern wollen wir das Angebot im Bereich des öffentlichen Verkehrs nachhaltig verbessern. Diese beiden Etappen werden bis 2007 abgeschlossen sein. Sie beinhalten neun neue Haltestellen, Verbesserungen der Schieneninfrastruktur, moderne Nahverkehrszüge und die Verdichtung des Fahrplans auf einen 30-Minuten-Takt, wo dies machbar ist. Zudem werden wir die Angebote auf den Buszubringerlinien verbessern.
- Für die Realisierung der 3. Etappe der S-Bahn Luzern wollen wir ab 2007 einen Fonds zur Finanzierung der notwendigen Investitionen einrichten. Der Fonds soll je zur Hälfte vom Kanton und von den Gemeinden gespiesen werden.

		Zeitraum	Projekt-/Betriebs- kosten insgesamt 2005-2008 in Mio. Franken	Investitionskosten 2005-2008 in Mio. Franken
Beschlossene Vorhaben	<ul style="list-style-type: none"> Beiträge an Angebotsausbau für die S-Bahn-Zentralschweiz ab 2005 (brutto; Gemeindeanteile 50% des Kantonsanteils) Beiträge an Investitionen im Zusammenhang mit der S-Bahn Zentralschweiz (brutto; Gemeindeanteile 50% des Kantonsanteils; Beiträge Dritter 5,8 Mio. Franken) 		26	35
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)	<ul style="list-style-type: none"> Strassenvorhaben vgl. Übersichten S. 63ff. Einrichtung eines Fonds für die Finanzierung der Investitionen der S-Bahn Luzern 3. Etappe (brutto; Gemeindeanteile 50% des Kantonsanteils) 	ab 2007		40
Gesetzesänderungen	Keine			

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2002	B2003	B2004	2005	2006	2007	2008	%
Aufwand	89.9	96.5	104.3	111.4	112.7	113.6	117.7	12.8
Ertrag	130.7	133.9	160.4	167.0	171.4	174.8	177.5	10.7
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-40.8	-37.4	-56.0	-55.7	-58.7	-61.2	-59.8	
60 Nationalstrassen¹								
Aufwand	36.0	38.8	39.5	39.6	39.4	39.7	40.2	
Ertrag	66.9	68.1	18.2	18.6	18.8	18.9	19.2	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-30.9	-29.3	21.2	21.0	20.6	20.8	21.0	
61 Kantonsstrassen¹								
Aufwand	23.4	25.1	25.6	25.7	25.5	25.8	26.1	
Ertrag	43.3	44.1	11.8	12.1	12.2	12.3	12.5	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-19.9	-19.0	13.8	13.6	13.4	13.5	13.6	
62 Gemeinestrassen¹								
Aufwand	8.7	8.7	7.9	7.9	8.0	8.0	8.2	
Ertrag	-	-	-	-	-	-	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	8.7	8.7	7.9	7.9	8.0	8.0	8.2	
65 Regionalverkehr								
Aufwand	21.8	23.9	23.9	28.0	29.6	29.8	33.0	
Ertrag	20.5	21.7	17.7	18.1	20.4	21.6	21.9	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	1.3	2.2	6.2	9.9	9.2	8.2	11.2	
69 Übriger Verkehr¹								
Aufwand			7.5	10.2	10.2	10.2	10.2	
Ertrag			112.6	118.3	120.1	122.0	124.0	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-	-	-105.1	-108.1	-109.9	-111.8	-113.8	
Investitionsrechnung	R2002	B2003	B2004	2005	2006	2007	2008	%
Ausgaben	151.0	156.2	150.4	154.4	164.8	166.2	137.3	-8.7
Einnahmen	145.0	147.9	95.2	100.7	109.1	112.0	83.4	-12.4
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	5.9	8.3	55.2	53.6	55.6	54.1	53.8	

Staatsbeiträge	R2002	B2003	B2004	2005	2006	2007	2008	%
<i>Laufende Rechnung</i>								
Aufwand	34.0	38.6	39.8	43.6	44.3	44.4	47.7	20.0
Ertrag	37.6	39.3	39.5	40.3	42.7	44.0	44.5	12.5
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-3.6	-0.7	0.2	3.3	1.6	0.4	3.2	
<i>Investitionsrechnung</i>								
Ausgaben	10.2	9.8	6.9	9.6	9.0	9.0	7.1	2.9
Einnahmen	92.7	98.1	95.2	100.7	109.1	112.0	83.4	-12.4
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	-82.5	-88.3	-88.3	-91.1	-100.1	-103.0	-76.3	

¹ Die Erträge aus der LSVA, den Treibstoffzöllen und den Verkehrsabgaben sind ab 2004 in der Funktion 69 Übriger Verkehr enthalten.

7. Umwelt und Raumordnung

Leistungserbringer
(In alphabetischer
Reihenfolge)

Raumentwicklung, Wirtschaftsförderung und Geoinformation, Umwelt und Energie, Verkehr und Infrastruktur.

- Generelle Entwicklung**
- Beim Umweltschutz sind die Schwerpunktaufgaben der Lärm- schutz, der Gewässerschutz und die Altlastensanierungen.
 - Bei den Gewässerverbauungen sind verschiedene Hochwasserschutzprojekte an der Wigger, der Kleinen Emme und deren Zuflüssen sowie an den Zuflüssen zum Hallwiler- und Baldeggsee zu nennen. Ferner sind der Ausbau der Enziwiggen in Willisau, das Hochwasserrückhaltebecken Allmend und die Regulierung des Vierwaldstättersees geplant. Für den Ausbau von Gewässern haben wir pauschal 7,4 Millionen Franken pro Jahr eingerechnet.
 - Der Kanton hat weiterhin seinen bereits eingegangenen Verpflichtungen für Abfallentsorgungs- und Gewässerschutzanlagen der Gemeinden nachzukommen (Subventionsbereinigung).
 - In der Raumordnung hat der Bund eine neue Agglomerationspolitik formuliert. Unter anderem will er auf eine verbesserte Koordination zwischen Siedlung und Verkehr hinwirken und dazu sein finanzielles Engagement im Agglomerationsverkehr verstärken. Zur Umsetzung dieser Politik wurde ein neues Planungsinstrument geschaffen, das Agglomerationsprogramm. Wir wollen uns an diesem Projekt beteiligen und in den Jahren 2004 - 2006 ein Agglomerationsprogramm für den Kanton Luzern ausarbeiten.
 - Für die Jahre 2006 bis 2008 ist die Überprüfung des kantonalen Richtplans geplant.
 - Im Rahmen des Teilprojekts Aufgabenreform (Gemeindeprojekt 2000+) werden wir neue Planungsmodelle entwickeln und die Gemeinden bei ihrer überkommunalen Zusammenarbeit unterstützen.

		Zeitraum	Projekt-/Betriebs- kosten insgesamt 2005-2008 in Mio. Franken	Investitionskosten 2005-2008 in Mio. Franken
Beschlossene Vorhaben	<ul style="list-style-type: none"> Kantonsbeiträge an Gemeinden im Bereich Abfall- und Abwasseranlagen (Subventionsbereinigung) 			14
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)	<ul style="list-style-type: none"> Hochwasserschutzprojekte Wigger, Kleine Emme, Zuflüsse zum Hallwiler- und zum Baldeggersee Ausbau der Enziwigger in Willisau Hochwasserrückhaltebecken Allmend Regulierung Vierwaldstättersee Gesamthaft Überprüfung des kantonalen Richtplans 2006 - 2008 	bis 2008		10 18 3 20 1.2
Gesetzesänderungen	Keine			

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2002	B2003	B2004	2005	2006	2007	2008	%
Aufwand	26.8	26.4	23.6	23.7	23.7	23.9	24.3	3.1
Ertrag	11.0	10.5	11.1	11.2	11.2	11.3	11.4	2.9
Aufwand-/Ertragsüberschuss	15.8	15.9	12.5	12.5	12.4	12.6	12.9	
70 Wasserversorgung¹								
Aufwand	0.1	0.1	-	-	-	-	-	
Ertrag	0.1	0.3	0.6	0.6	0.6	0.6	0.6	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-0.0	-0.2	-0.6	-0.6	-0.6	-0.6	-0.6	
75 Gewässerverbauungen								
Aufwand	1.8	2.0	2.0	2.0	1.9	2.0	2.0	
Ertrag	1.7	1.8	1.5	1.5	1.5	1.5	1.6	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	0.1	0.2	0.5	0.5	0.4	0.4	0.4	
77 Naturschutz								
Aufwand	7.1	6.8	5.4	5.4	5.5	5.5	5.6	
Ertrag	4.4	3.9	4.2	4.2	4.2	4.2	4.2	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	2.7	2.9	1.2	1.2	1.3	1.3	1.4	
78 Übriger Umweltschutz								
Aufwand	12.0	12.0	11.9	12.0	11.9	12.1	12.2	
Ertrag	2.6	2.7	2.9	2.9	3.0	3.0	3.1	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	9.4	9.3	9.0	9.0	9.0	9.0	9.2	
79 Raumordnung								
Aufwand	5.8	5.5	4.3	4.3	4.3	4.4	4.4	
Ertrag	2.1	1.8	1.9	1.9	1.9	2.0	2.0	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	3.6	3.7	2.4	2.4	2.4	2.4	2.5	
Investitionsrechnung	R2002	B2003	B2004	2005	2006	2007	2008	%
Ausgaben	33.9	31.4	28.7	31.1	29.6	28.6	27.5	-4.3
Einnahmen	19.0	18.7	17.3	17.3	17.3	17.3	17.3	0.0
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	15.0	12.7	11.4	13.8	12.3	11.2	10.1	

Staatsbeiträge	R2002	B2003	B2004	2005	2006	2007	2008	%
<i>Laufende Rechnung</i>								
Aufwand	6.1	5.9	5.9	5.9	5.8	5.9	5.9	1.6
Ertrag	0.8	0.7	0.9	0.9	0.9	0.9	1.0	3.9
Aufwand-/Ertragsüberschuss	5.3	5.2	4.9	5.0	4.9	4.9	5.0	
<i>Investitionsrechnung</i>								
Ausgaben	10.3	7.0	6.3	5.0	4.0	3.0	2.0	-68.0
Einnahmen	4.1	5.8	5.2	5.2	5.2	5.2	5.2	0.0
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	6.2	1.2	1.1	-0.2	-1.2	-2.2	-3.2	

Die Veränderung gegenüber dem letztjährigen IFAP liegt in einer Korrektur der funktionalen Zuordnung.

8. Volkswirtschaft

Leistungserbringer
(In alphabetischer
Reihenfolge)

Amt für das Gastgewerbe, Landwirtschaft und Wald, Umwelt und Energie, Wirtschaft und Arbeit, Landwirtschaftliche Kreditkasse.

- Generelle Entwicklung**
- In der Landwirtschaft ist die Agrarpolitik des Bundes massgebend. Diese wird zurzeit weiterentwickelt (Agrarpolitik 2007). Über die Auswirkungen auf den Kanton Luzern lassen sich zurzeit noch keine Aussagen machen. Es ist aber davon auszugehen, dass sich der Strukturwandel und die Spezialisierung verstärken werden.
 - Die Tierzucht soll gemäss der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) in die abschliessende Zuständigkeit des Bundes fallen. Die landwirtschaftliche Beratung soll kantonalisiert werden. Da die Vorlage noch nicht von den eidgenössischen Räten behandelt worden ist, haben wir den IFAP 2004 - 2008 auf der Basis der geltenden Aufgabenteilung gerechnet.

		Zeitraum	Projekt-/Betriebs- kosten insgesamt 2005-2008 in Mio. Franken	Investitionskosten 2005-2008 in Mio. Franken
Beschlossene Vorhaben	keine			
Geplante Vorhaben	<ul style="list-style-type: none"> • neuer Staatsbeitrag Betriebshilfe bei unverschuldeter finanzieller Bedrängnis gestützt auf Art. 78 Abs. 3 des Bundesgesetzes über die Landwirtschaft (SR 910) 	ab 2006	2.5	
Gesetzesänderungen	keine			

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2002	B2003	B2004	2005	2006	2007	2008	%
Aufwand	230.9	233.6	231.9	233.8	236.6	239.4	243.1	4.8
Ertrag	213.0	206.5	206.3	206.9	209.4	211.8	215.0	4.2
Aufwand-/Ertragsüberschuss	18.0	27.1	25.6	26.8	27.2	27.6	28.1	
80 Landwirtschaft								
Aufwand	209.6	208.9	210.0	211.8	214.3	217.0	220.3	
Ertrag	195.5	192.3	193.9	195.0	197.3	199.6	202.6	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	14.2	16.6	16.1	16.8	17.0	17.3	17.7	
81 Forstwirtschaft								
Aufwand	13.9	17.3	14.5	14.6	14.7	14.9	15.1	
Ertrag	8.1	9.5	7.9	8.0	8.1	8.1	8.2	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	5.9	7.8	6.6	6.6	6.7	6.8	6.9	
82 Jagd und Fischerei								
Aufwand	0.9	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0	
Ertrag	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-0.1	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0	
83 Tourismus								
Aufwand	1.4	1.4	1.4	1.4	1.4	1.4	1.4	
Ertrag	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	0.9							

84 Industrie, Gewerbe und Handel¹								
Aufwand	2.5	3.0	3.0	3.0	3.1	3.1	3.1	
Ertrag	6.5	2.4	2.2	1.7	1.7	1.7	1.7	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-4.0	0.6	0.9	1.4	1.4	1.4	1.5	
86 Energie								
Aufwand	2.6	2.1	2.0	2.0	2.0	2.1	2.1	
Ertrag	1.1	0.5	0.6	0.6	0.6	0.6	0.6	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	1.5	1.6	1.5	1.5	1.5	1.5	1.5	
87 Sonstige gewerbliche Betriebe								
Aufwand	-	-	-	-	-	-	-	
Ertrag	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	
Investitionsrechnung	R2002	B2003	B2004	2005	2006	2007	2008	%
Ausgaben	17.4	14.8	14.9	15.1	15.1	15.1	15.1	1.3
Einnahmen	13.1	10.9	8.4	8.4	8.4	8.4	8.4	0.0
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	4.4	3.9	6.5	6.7	6.7	6.7	6.7	
Staatsbeiträge	R2002	B2003	B2004	2005	2006	2007	2008	%
<i>Laufende Rechnung</i>								
Aufwand	14.9	17.2	14.9	15.0	15.2	15.5	15.8	6.3
Ertrag	5.7	4.5	4.4	4.4	4.5	4.5	4.6	3.9
Aufwand-/Ertragsüberschuss	9.2	12.7	10.4	10.6	10.8	11.0	11.2	
<i>Investitionsrechnung</i>								
Ausgaben	7.6	7.7	8.1	8.3	8.3	8.3	8.3	2.5
Einnahmen	0.7	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5	0.0
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	6.9	7.2	7.6	7.8	7.8	7.8	7.8	

¹ Der Rückgang der Erträge im Jahr 2003 erklärt sich aus dem Wegfall der Automatensteuer der Casinos in Luzern und Weggis.

9. Finanzen und Steuern

Leistungserbringer Amt für Finanzdienstleistungen, Amt für Gemeinden, Liegenschafts-

(In alphabetischer verwaltung, Steuerverwaltung.

Reihenfolge)

Generelle Entwicklung

- Voraussichtlich auf das Jahr 2007 tritt die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) in Kraft. Die NFA bringt dem Kanton Luzern Mehreinnahmen von schätzungsweise 60 bis 80 Millionen Franken pro Jahr. Wir haben dafür im Jahr 2007 70 Millionen Franken eingestellt. Diese Mittel wollen wir für die Senkung der Steuern sowie für den Schuldenabbau verwenden. Wir haben daher im Jahr 2007 50 Millionen Franken für steuerliche Entlastungen eingeplant.
- Wir planen per 1. Januar 2005 und per 1. Januar 2007 je eine Teilrevision des Steuergesetzes. Mit der ersten Teilrevision wollen wir die Steuerbelastung der unteren Einkommen und die Kapitalsteuer reduzieren und die wirtschaftliche Doppelbelastung Gesellschaft/Beteiligungsgeber mildern. Mit der zweiten Teilrevision wollen wir die Steuerreform des Bundes im kantonalen Recht nachvollziehen. Wir haben für die geplanten Steuergesetzrevisions 20 Millionen Franken im Jahr 2005 und 50 Millionen Franken im Jahr 2007 reserviert.
- Für die vom Bund geplante Steuerreform (Teilsplitting, Haushaltabzug für Alleinstehende, Kinderabzug) haben wir Ertragsausfälle am Anteil der direkten Bundessteuern von je 20 Millionen Franken pro Jahr ab 2006 eingerechnet. Dabei gehen wir davon aus, dass gegen das Steuerpaket des Bundes das Referendum zustande kommt.
- Der Schuldenabbau ist eines unserer zentralen finanzpolitischen Ziele. Sobald die Börse sich erholt hat, werden wir eine Tranche von 10 Prozent unserer Aktien der Luzerner Kantonalbank verkaufen und den Erlös für den Schuldenabbau verwenden. Wir haben dafür im Jahr 2005 100 Millionen Franken Buchgewinn eingerechnet. Im Jahr 2008 haben wir 50 Millionen Franken Sonderabschreibungen eingerechnet.

		Zeitraum	Projekt-/Betriebs- kosten insgesamt 2005-2008 in Mio. Franken	Investitionskosten 2005-2008 in Mio. Franken
Beschlossene Vorhaben	<ul style="list-style-type: none"> 1. Teilrevision Steuergesetz (untere Einkommen, Kapitalsteuer, wirtschaftliche Doppelbelastung) 2. Teilrevision Steuergesetz mit Realisierung der NFA (Nachvollzug Steuerreform des Bundes im kantonalen Recht) Neuschatzung der nichtlandwirtschaftlichen Grundstücke gemäss § 8 Schatzungsgesetz (SRL Nr. 626) (Zusätzlicher Personalaufwand in den Jahren 2004 bis 2007) Sonderabschreibungen für Schuldenabbau 	ab 2005 ab 2007 ab 2004 2008	80 100 2.8 50	
Geplante Vorhaben	keine			
Gesetzesänderungen	<ul style="list-style-type: none"> SRL Nr. 620: Teilrevisionen Steuergesetz (untere Einkommen, Kapitalsteuer, wirtschaftliche Doppelbelastung, Nachvollzug der Steuerreform des Bundes) 	2005 2007	80 100	

(in. Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2002	B2003	B2004	2005	2006	2007	2008	%
Aufwand	290.2	373.6	385.8	465.5	358.5	362.2	411.6	6.7
Ertrag	1367.5	1407.1	1402.0	1493.8	1410.4	1481.6	1530.2	9.1
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-1077.2	-1033.5	-1016.2	-1028.3	-1051.9	-1119.4	-1118.6	
90 Steuern								
Aufwand	11.6	13.5	13.5	13.5	13.5	13.5	13.5	
Ertrag	1082.2	1011.5	984.2	992.0	1020.1	1003.8	1041.6	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-1070.6	-998.0	-970.7	-978.5	-1006.6	-990.3	-1028.1	
92 Finanzausgleich¹								
Aufwand	70.5	169.2	174.0	174.9	176.3	178.1	180.8	
Ertrag	0.0	35.9	36.2	36.4	36.7	37.1	37.7	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	70.5	133.3	137.8	138.5	139.6	141.0	143.1	
93 Einnahmeanteile²								
Aufwand	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7	
Ertrag	166.1	207.3	192.1	168.7	153.8	240.6	250.3	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-165.4	-206.5	-191.4	-168.0	-153.1	-239.9	-249.6	
94 Vermögens- und Schuldenverwaltung³								
Aufwand	78.3	86.9	72.4	72.3	69.5	70.1	69.2	
Ertrag	116.1	151.3	188.9	296.0	199.1	199.4	199.9	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-37.8	-64.4	-116.4	-223.7	-129.6	-129.3	-130.6	
99 Nicht aufgeteilte Posten⁴								
Aufwand	129.2	103.2	125.2	204.1	98.5	99.8	147.3	
Ertrag	3.1	1.1	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	126.1	102.1	124.5	203.4	97.8	99.1	146.6	
Investitionsrechnung	R2002	B2003	B2004	2005	2006	2007	2008	%
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-	
Einnahmen	127.2	167.7	183.2	262.1	156.5	157.8	205.3	12.5
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	-127.2	-167.7	-183.2	-262.1	-156.5	-157.8	-205.3	

Staatsbeiträge	R2002	B2003	B2004	2005	2006	2007	2008	%
<i>Laufende Rechnung</i>								
Aufwand	71.0	159.0	164.0	164.8	166.2	167.8	170.3	3.9
Ertrag	0.0	25.4	26.1	26.2	26.4	26.7	27.1	3.9
Aufwand-/Ertragsüberschuss	70.9	133.7	138.0	138.7	139.8	141.2	143.3	
<i>Investitionsrechnung</i>								
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-	
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-	
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	-	-	-	-	-	-	-	

¹ Der Mehraufwand ab 2003 erklärt sich aus dem Inkrafttreten des neuen Finanzausgleichs mit den Gemeinden. Der Mehraufwand wird teilweise durch die Aufgabenreform kompensiert. Die Nettomehrbelastung für den Kanton beträgt in den Jahren 2003 bis 2008 rund 37 Millionen Franken pro Jahr.

² Bei dieser Position handelt es sich um die Kantonsanteile an den Bundeseinnahmen. Ab dem Jahr 2006 ist ein jährlicher Minderertrag von 20 Millionen Franken im Zusammenhang mit der Reform der Familienbesteuerung eingerechnet. Ab 2007 sind 70 Millionen Franken Mehrertrag pro Jahr aus der NFA eingerechnet.

³ Hierunter fallen insbesondere die Aktiv- und Passivzinsen sowie der Aufwand und Ertrag der Liegenschaften des Finanzvermögens. Der hohe Ertrag im Jahr 2005 erklärt sich aus dem Buchgewinn aus dem Verkauf von Aktien der Luzerner Kantonalbank.

⁴ Hierunter fallen namentlich die Abschreibungen. Die Abschreibungen im Jahr 2005 sind deshalb ungewöhnlich hoch, weil zusätzlich der Buchgewinn aus dem Verkauf von Aktien der Luzerner Kantonalbank eingerechnet ist. Im Jahr 2008 sind Sonderabschreibungen von 50 Millionen Franken eingestellt.

VII. Strassenwesen

(in Mio. Franken)

	R 2002	B 2003	B 2004	2005	2006	2007	2008
Strassenausgaben	176.8	179.2	175.4	176.8	188.2	189.9	163.3
Beiträge Bund / Dritte	91.3	91.8	92.9	92.2	106.2	107.5	80.5
Finanzierungsquellen	82.2	82.4	84.5	88.6	90.1	91.7	93.4
Saldo Strassenrechnung	3.3	5.0	-2.0	-4.0	-8.1	-9.3	-10.6
Strassenschuld	88.4	93.4	91.4	87.4	79.3	70.0	59.4

Wir haben für den Strassenbau folgende Mittel eingestellt:

(in Mio. Franken)

	2004	2005	2006	2007	2008
Nationalstrassen Bau	84	63	80	82	50
Anteil Bund (84%)	67	52	67	69	42
Nationalstrassen Unterhalt	39	39	39	39	39
Anteil Bund (85%)	33	33	33	33	33
Neu- und Ausbau von Kantonsstrassen	20	22	20	20	25
Belagserneuerungen Kantonsstrassen	13	15	12	12	12
Kunstbauten Kantonsstrassen	1.6	2	2	2	2
Beiträge Bund für schweizerische Hauptstrassen und Lärmschutzmassnahmen	7	5	5	5	5

Im Nationalstrassenbau sind für die nächsten Jahre folgende grösseren Projekte vorgesehen:

Bau:

- Ausbau A 2/6 33 Mio. Franken
- Erhöhung Tunnelsicherheit elektromechanische-Anlagen 3 Mio. Franken
- A 2 Anschluss Rothenburg 22 Mio. Franken
- Umbau Zubringer A 2 Sursee 1,9 Mio. Franken
- Umbau A 2-Anschluss Sempach 3 Mio. Franken
- A 2 Lärmschutz Emmen 29 Mio. Franken

• A 2 Anschluss Emmen Süd	7,5 Mio. Franken
• A 2 Lärmschutz Reussegg-Lochhof	40 Mio. Franken
• A 2 Lärmschutz Sentibrücken	8 Mio. Franken
• A 14 Anschluss Buchrain	9 Mio. Franken
• A 14 Umbau Anschluss Gisikon inkl. Lärmschutz	9 Mio. Franken

Baulicher Unterhalt:

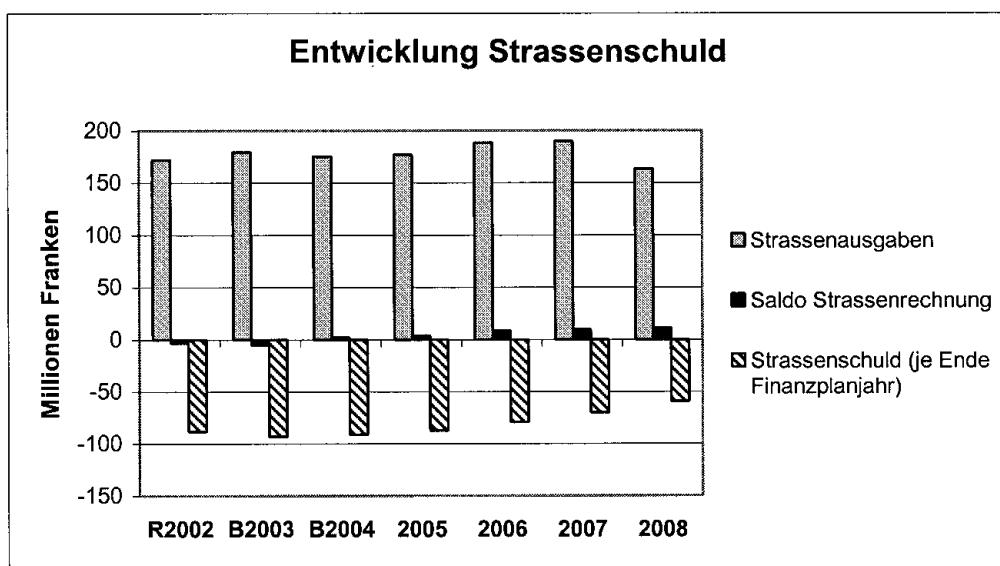
• Instandsetzung Zubringer A2-Anschluss Sursee (mit Kreisel)	1 Mio. Franken
• Zubringer A 2-Anschluss Sempach	3,5 Mio. Franken
• Übergeordneter Umbau elektromechanische-Anlagen Luzern-Nord	5 Mio. Franken
• A 2 Emmen, Instandsetzung mit Lärmsanierung	68 Mio. Franken
• A 2 Reussegg-Lochhof, Instandsetzung mit Lärmsanierung	45 Mio. Franken
• A 2 Tunnel Eich, Sanierung elektromechanische-Anlagen	7,5 Mio. Franken
• A 2 Tunnel Reussport & Sonnenberg, neues Werkleitungstrasse	20 Mio. Franken
• A 14 Erhaltungsmassnahmen mit Umgestaltung Anschluss Gisikon	9,2 Mio. Franken

Im Kantonsstrassenbau sind für die nächsten Jahre folgende grösseren Projekte vorgesehen:

(Details siehe Bauprogramm)

• K 2b Weggis, Greppen-Rütimatt, RVA, Umbau Kreuzung	8 Mio. Franken
• K 2b Vitznau, Altdorfbach - Grenze Schwyz, Ausbau und Sanierung Kantonsstrasse	12 Mio. Franken
• K 4 Kriens, Kupferhammer - Bahnhöfli, Strassenausbau	13 Mio. Franken
• K 4 Luzern, Grosshof - Eichhof, Busspur, Sanierung Knoten	3,5 Mio. Franken
• K 2 Meggen, Schwerzi - Grenze Schwyz, RVA, Bushaltestelle	8,5 Mio. Franken
• K 10 Entlebuch, Althus - Dorf, Teilsanierung Strasse, Rad-/Gehweg	13 Mio. Franken
• K 10 Ruswil, Langnauerbrücke - Dietenenei, Teilsanierung Strasse, Rad-/Gehweg	5 Mio. Franken
• K 10 Malters, Umfahrungsstrasse Neu- und Ausbau	1,5 Mio. Franken
• K 13 Littau, Grenze Luzern - Schiff, Neubau Brücke Fluemühle RVA, Förderung öV	14 Mio. Franken
• K 13 Littau, Umfahrung Reussbühl	22 Mio. Franken
• K 13 Emmenbrücke, Grenze Rothenburg-Seetalplatz (Förderung öV)	15 Mio. Franken
• K 14 Büron Zentrum, RVA, Sanierung Strasse	3 Mio. Franken
• K 14 Geuensee, RVA Geuensee - Büron	4,5 Mio. Franken

- K 15 Beromünster, Umfahrung Flecken, RVA 7,5 Mio. Franken
- K 16 Emmen, Förderung öV, Optimierung Leistungsfähigkeit 16 Mio. Franken
- K 30 Adligenswil, Stadtgrenze-Talrain, Strassenausbau, Rad-/Gehweg 7,4 Mio. Franken
- K 40 Willisau, Löwen - Schlüsselacher, Verlegung Kantonsstrasse 6 Mio. Franken
- K 65 Buchrain, Anschluss Rontal, Zubringer zu A14-Anschluss (Bau 2007 - 2010) 100 Mio. Franken
- K 65b Inwil, Oberhofen - Kirche, Strassenausbau, Oberbausierung 3,7 Mio. Franken



VIII. Investitionen kantonale Hochbauten

Wir haben im Bereich kantonale Hochbauten folgende Globalbudgets vorgesehen (in Franken):

R 2002	B 2003	B 2004	2005	2006	2007	2008
75 Mio.	70 Mio.	66 Mio.	68 Mio.	70 Mio.	74 Mio.	74 Mio.

Angaben zu den freibestimmbaren Investitionen finden Sie im Kapitel VI 'Aufgaben und Finanzen' unter der jeweiligen Hauptaufgabe. Im Zahlenteil der einzelnen Hauptaufgaben haben wir keine konkreten Hochbauprojekte eingerechnet. Vielmehr haben wir das jeweilige Globalbudget nach einem Verteilschlüssel, der auf Erfahrungswerten beruht, auf die einzelnen Hauptaufgaben verteilt.

Die Investitionskosten der beschlossenen Projekte können in den einzelnen IFAP-Jahren das vorgesehene Globalbudget übersteigen. Um die Vorgaben zu erreichen, werden wir im Rahmen der Budgetvorbereitungen Prioritäten setzen und einzelne Projekte zurückstellen.

Für den baulichen Unterhalt der staatlichen Liegenschaften, die einen Anlagewert von rund 2,5 Milliarden Franken aufweisen, ist mit einem jährlichen Aufwand von rund 30 Millionen Franken zu rechnen.

Einige grössere Unterhaltsprojekte in der IFAP-Periode sind:

- Gerichtsgebäude Luzern / Sanierung Gerichtssaal
- Kantonsschule Reussbühl / Fenstersanierung
- Heilpädagogisches Zentrum Schüpfheim / Fenster und Storenersatz
- Kantonsspital Luzern / Zentrum / Liftsanierungen
- Kantonsspital Luzern / Zentrum / Sanierung Patientenzimmer
- Kantonsspital Luzern / Zentrum / OP-Sanierung
- Kantonsspital Sursee-Wolhusen, Sursee / Sanierung Heizzentrale
- Kantonsspital Sursee-Wolhusen, Wolhusen / Dach- und Fassadensanierung
- Kantonsspital Sursee-Wolhusen, Wolhusen / Sanierung Patientenzimmer
- Psychiatriezentrum Luzerner Landschaft St. Urban / Pfortengebäude Fassadensanierung

Entwurf

**Grossratsbeschluss
über den Integrierten Finanz- und Aufgabenplan 2004 - 2008**

vom

Der Grosse Rat des Kantons Luzern,

nach Einsicht in den Bericht des Regierungsrates vom 26. August 2003,

beschliesst:

1. Der Integrierte Finanz- und Aufgabenplan 2004 - 2008 vom 26. August 2003 wird genehmigt.
2. Der Grossratsbeschluss ist zu veröffentlichen.

Luzern,

Im Namen des Grossen Rates

Der Präsident:

Der Staatsschreiber:

